# Vordrucke für das Verbraucherinsolvenzverfahren und das Restschuldbefreiungsverfahren

- Amtliche Fassung 3/2002 -

#### Inhaltsübersicht

$\Rightarrow$	Hinweisbla	tt zu den	Vordrucken
---------------	------------	-----------	------------

(durch Anklicken des Pfeils gelangen Sie zu dem jeweiligen Abschnitt des Word-Dokuments)

- ⇒ Antrag auf Eröffnung des Insolvenzverfahrens
- ⇒ Anlage 1 Personalbogen: Angaben zur Person
- ⇒ Anlage 2 Bescheinigung über das Scheitern des außergerichtlichen Einigungsversuchs
- ⇒ Anlage 2 A Gründe für das Scheitern des außergerichtlichen Schuldenbereinigungsplans
- ⇒ Anlage 3 Abtretungserklärung nach § 287 Abs. 2 InsO
- ⇒ Anlage 3 A Erklärung zur Abkürzung der Wohlverhaltensperiode
- ⇒ Anlage 4 Vermögensübersicht
- ⇒ Anlage 5 Vermögensverzeichnis
  - ⇒ Ergänzungsblatt 5 A zum Vermögensverzeichnis Guthaben auf Konten, Wertpapiere, Schuldbuchforderungen, Darlehnsforderungen
  - ⇒ Ergänzungsblatt 5 B zum Vermögensverzeichnis Hausrat, Mobiliar, Wertgegenstände und Fahrzeuge
  - ⇒ Ergänzungsblatt 5 C zum Vermögensverzeichnis Forderungen (z. B. aus Versicherungsverträgen), Rechte aus Erbfällen
  - ⇒ Ergänzungsblatt 5 D zum Vermögensverzeichnis Grundstücke, Eigentumswohnungen und Erbbaurechte, Rechte an Grundstücken
  - ⇒ Ergänzungsblatt 5 E zum Vermögensverzeichnis Beteiligungen (Aktien, Genussrechte, sonstige Beteiligungen)
  - ⇒ Ergänzungsblatt 5 F zum Vermögensverzeichnis Immaterielle Vermögensgegenstände und sonstiges Vermögen
  - ⇒ Ergänzungsblatt 5 G zum Vermögensverzeichnis Laufendes Einkommen
  - ⇒ Ergänzungsblatt 5 H zum Vermögensverzeichnis Sicherungsrechte Dritter und Zwangsvollstreckungsmaßnahmen
  - ⇒ Ergänzungsblatt 5 J zum Vermögensverzeichnis Regelmäßig wiederkehrende Verpflichtungen
  - ⇒ Ergänzungsblatt 5 K zum Vermögensverzeichnis Schenkungen und entgeltliche Veräußerungen (§§ 132, 133, 134 InsO)
- → Anlage 6

Gläubiger- und Forderungsverzeichnis

- → Anlage 7
  - Schuldenbereinigungsplan für das gerichtliche Verfahren Allgemeiner Teil
- ⇒ Anlage 7 A Schuldenbereinigungsplan für das gerichtliche Verfahren Besonderer Teil Musterplan mit Einmalzahlung bzw. festen Raten -
- ⇒ Anlage 7 A -Schuldenbereinigungsplan für das gerichtliche Verfahren Besonderer Teil Musterplan mit flexiblen Raten -
- ⇒ Anlage 7 B Schuldenbereinigungsplan für das gerichtliche Verfahren Besonderer Teil Ergänzende Regelungen -
- ⇒ Anlage 7 C Schuldenbereinigungsplan für das gerichtliche Verfahren
  - Erläuterungen zur vorgeschlagenen Schuldenbereinigung -

1			Vorname und Name		
			Straße und Hausnummer		
	Antrag auf Eröffn des Insolvenzver	_	Postleitzahl und Ort		
	(§ 305 InsO) des /		Telefon tagsüber		
	(6)		Verfahrensbevollmächtigte(r)		
			verialiterispevolimachtigte(i)		
2	An das Amtsgericht  – Insolvenzgericht – in				
3	I. Eröffnungsantrag	öffnen. Na in der Lag	den <b>Antrag, über mein Vermögen das Insolvenz</b> vach meinen Vermögens- und Einkommensverhältni e, meine bestehenden Zahlungspflichten, die bereit er Zeit fällig werden, zu erfüllen.	ssen bin ich ni	icht
4	II. Restschuld- befreiungsantrag		elle den <b>Antrag auf Restschuld-</b> ung (§ 287 InsO).  Restschuldb nicht beantr	efreiung wird ragt.	
5	III. Anlagen	Personalbo	gen	(Anlage 1)	$\boxtimes$
	Amagen		ung über das Scheitern des außergerichtlichen		
			ersuchs mit außergerichtlichem Plan	(Anlage 2)	
			das Scheitern des außergerichtlichen Plans	(Anlage 2 A)	
			erklärung nach § 287 Abs. 2 InsO	(Anlage 3)	
			ur Abkürzung der Wohlverhaltensperiode	(Anlage 3 A)	
		Vermögens		(Anlage 4)	
		_	verzeichnis mit den darin genannten Ergänzungsblättern		
		_	und Forderungsverzeichnis	(Anlage 6)	
			ereinigungsplan für das gerichtliche Verfahren:	(A : L: 7)	
		_	meiner Teil	(Anlage 7)	
			nderer Teil – Musterplan mit Einmalzahlung/festen Rater		
			nderer Teil – Musterplan mit flexiblen Raten nderer Teil – Plan mit sonstigem Inhalt	(Anlage 7 A)	
			nderer Teil – Frammit somstigem minalt nderer Teil – Ergänzende Regelungen	(Anlage 7 A) (Anlage 7 B)	
			terungen zur vorgeschlagenen Schuldenbereinigung	(Anlage 7 C)	
				(runago r o)	
6	IV.				_
6	Auskunfts- und Mitwirkungs-	fenden Verhä	er bin ich gesetzlich verpflichtet, dem Insolvenzgericht über alle d ältnisse vollständig und wahrheitsgemäß Auskunft zu erteilen, in zur Entscheidung über meine Anträge erforderlich ist (§§ 20, 9	sbesondere auch	
	pflichten	Kreditinstitute ger, Rechtsa auf Verlange	ne Auskünfte durch Dritte, insbesondere durch Banken und Spa e, Versicherungsgesellschaften, Sozial- und Finanzbehörden, S nwälte, Notare, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer erteilt werd n des Gerichts alle Personen und Stellen, die Auskunft über me können, von ihrer Pflicht zur Verschwiegenheit zu befreien.	ozialversicherung en, so obliegt es r	strä- mir,
7	(Ort Datum)		(Untercebriff)		
	(Ort, Datum)  Amtliche Fassung 3/2002		(Unterschrift) Eigenantrag Verbraucherinsolvenz: Eröffnungsantrag (Ha	uptblatt), <b>Seite 1</b>	von 1

Anlage 1 zum Eröffn	ungsa	intrag d	les /	der					
		Pe	rson	albogen: A	ngaben	zur Pers	son		
Name								Akademischer	Grad
Vorname(n) (Rufnamen unterstreich	nen)							Geschlecht männlich	☐ weiblich
Geburtsname					früherer Na	me			
Geburtsdatum			Gebu	urtsort	l				
Wohnanschrift Straße								Hausnumme	er
Postleitzahl			Ort						
Telefon (privat)					Mobil				
Telefax					E-Mail				
Familienstand	ledig	verheirate seit	et	eingetragene Le nerschaft begrü		geschieder seit	n get seit	rennt lebend	verwitwet seit
Unterhalts- berechtigte Personen	☐ ne			ahl:,c en siehe Ergänz					
Beteiligung an Erwerbsleben	n Erlernte	er Beruf							
	Zurzeit	oder zuletzt	tätig als						
		ehemals selb	ständig	als					
		Arbeiter(in) Angestellte(r) Beamter/Bea Aushilfe	mtin	beschäftigt als		☐ Rentner(☐ arbeitslo☐ Schüler(☐ Hausma	(in)/Pension s seit in) / Studer nn/Hausfra	när(in) seit nt(in) bis	
Verfahrensbe- vollmächtigte(							Akad	emischer Grad	
für das Verfa	Vornam	ne				Beruf	l		
ren insgesam		zeichnung de	er geeigi	neten Stelle					
nur für das Schulden- bereinigungs			1,	04				Hausnum	mer
planverfahrer			(	Ort		1=			
☐ Vollmacht lieg an ☐ Vollmacht wird		1				Telefax			
nachgereicht	Geschä	äftszeichen				Sachbearbei	ter(in)		

Bescheinigu	ng über das Scheitern des außergerichtlichen Einigungsversuc (§ 305 Abs. 1 Nr. 1 InsO)
	- Die Anlage 2 ist von der geeigneten Person oder Stelle auszufüllen -
l.	Name
Bezeichnung der geeigneten Per-	Straße Hausnummer
son oder Stelle	Postleitzahl Ort
	Ansprechpartner
II.	☐ Ja Anerkennende Behörde:
Behördliche Anerkennung der geeigneten	Datum des Bescheids: Aktenzeichen:
Person oder Stelle	☐ Nein, die Eignung ergibt sich jedoch aus folgenden Umständen:
	☐ Rechtsanwalt ☐ Notar ☐ Steuerberater
	Sonstiges:
III.	1. Der außergerichtliche Plan vom ist beigefügt.
Außergericht- licher Einigungs-	Allen im Gläubigerverzeichnis benannten Gläubigern ist dieser Plan übersandt worden
versuch	
	☐ Ja ☐ Nein. Begründung:
	Der Einigungsversuch ist endgültig gescheitert am
	4. Die wesentlichen Gründe für das Scheitern des Plans ergeben sich aus der Darstellung der Anlage 2 A.
IV. Bescheinigung	Ich bescheinige / Wir bescheinigen, dass die Schuldnerin bzw. der Schuldner  in mit meiner/unserer Unterstützung
	erfolglos versucht hat, eine außergerichtliche Einigung mit den Gläubigern über die Schubereinigung auf der Grundlage eines Plans zu erzielen.

Anlage 2 A zum Eröffnun	gsantrag des / der
Gründe für d	das Scheitern des außergerichtlichen Schuldenbereinigungsplans (§ 305 Abs. 1 Nr. 1 InsO)
I. Wesentliche Gründe für das Scheitern des Einigungsver- suchs	Nicht alle Gläubiger haben dem ihnen übersandten außergerichtlichen Plan zugestimmt  1. Anteil der zustimmenden Gläubiger nach Köpfen:  Gläubiger von Gläubigern  2. Anteil der zustimmenden Gläubiger nach Summen:  EUR von EUR  3. Anteil der Gläubiger ohne Rückäußerung:  Gläubiger von Gläubigern  Als maßgebliche Gründe für die Ablehnung des Plans wurden genannt:
	Nachdem die Verhandlungen über die außergerichtliche Schuldenbereinigung aufgenommen wurden, ist die Zwangsvollstreckung betrieben worden von:  Aktenzeichen des Gerichts oder Gerichtsvollziehers:  Amtsgericht:
II. Beurteilung des außergerichtlichen Einigungsversuchs und Aussichten für das gerichtliche Schuldenbereinigungsverfahren	Der gerichtliche Plan unterscheidet sich von dem außergerichtlichen Plan ☐ nicht. ☐ in folgenden Punkten:
	Nach dem Verlauf des außergerichtlichen Einigungsversuchs halte ich die Durchführung der gerichtlichen Schuldenbereinigungsplanverfahrens für  aussichtsreich.  nicht aussichtsreich.  Begründung:

und Dienstlöhne, Arbeitsentgelt für Strafgefangene, Ruhegelder und ähnliche fortlaufende Einkünfte, die nach dem Ausscheiden aus or Dienst- oder Arbeitsverhältnis gewährt werden, sonstige Vergütungen für Dienstl tungen aller Art, die die Erwerbstätigkeit des Zahlungsempfängers vollständig oder einem wesentlichen Teil in Anspruch nehmen, Bezüge, die ein Arbeitnehmer zum Ausgleich für Wettbewerbsbeschränkungen für Zeit nach Beendigung seines Dienstverhältnisses beanspruchen kann, Hinterbliebenenbezüge, die wegen des früheren Dienst- oder Arbeitsverhältnisses zahlt werden, Renten, die aufgrund von Versicherungsverträgen gewährt werden, w diese Verträge zur Versorgung des Versicherungsnehmers oder seiner unterhalts rechtigten Angehörigen geschlossen worden sind, Renten und sonstige laufende Geldleistungen der Sozialversicherungsträger oder Bundesanstalt für Arbeit im Fall des Ruhestands, der teilweisen oder vollständigen werbsunfähigkeit oder der Arbeitslosigkeit, alle sonstigen, den genannten Bezügen rechtlich oder wirtschaftlich gleichstehen Bezüge.  Soweit Sie nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens eine selbständige Tätigkeit ausüb sind Sie verpflichtet, während der Laufzeit der Abtretungserklärung de Insolvenzgläubig durch Zahlungen an den gerichtlich bestellten Treuhänder so zu stellen, wie wenn Sie e angemessenes Dienstverhältnis eingegangen wären (§ 295 Abs. 2 InsO).  II.  Abtretungs- erklärung  Für den Fall der gerichtlichen Ankündigung der Restschuldbefreiung tret ich hiermit meine pfändbaren Forderungen auf Bezüge aus einem Dienst- verhältnis oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge für die Zeit von sechs Jahren nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens an einen vom Ge- richt zu bestimmenden Treuhänder ab.  Die von dieser Abtretungserklärung erfassten Forderungen auf Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge habe ich zurzeit nicht an einen Dritten abgetreten oder verpfändet.	Anlage 3 zum Eröffnung	santrag des / der
Die nachfolgende Abtretung umfasst alle Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge, also:		Abtretungserklärung nach § 287 Abs. 2 InsO
deren Stelle tretende laufende Bezüge, also:   jede Art von Arbeitseinkommen, Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten, Arbeitsenklärung     jede Art von Arbeitseinkommen, Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten, Arbeitsenklärung     Ruhegelder und ähnliche fortlaufende Einkünfte, die nach dem Ausscheiden aus or Dienst- oder Arbeitsverhältnis gewährt werden, sonstige Vergütungen für Dienstl tungen aller Art, die die Erwerbstätigkeit des Zahlungsempfängers vollständig oder einem wessentlichen Teil in Anspruch nehmen,   Bezüge, die ein Arbeitnehmer zum Ausgleich für Wettbewerbsbeschränkungen für Zeit nach Beendigung seines Dienstverhältnisses beanspruchen kann,   Hinterbliebenenbezüge, die wegen des früheren Dienst- oder Arbeitsverhältnisses zahlt werden, Renten, die aufgrund von Versicherungsverträgen gewährt werden, w diese Verträge zur Versorgung des Versicherungsnehmers oder seiner unterhalts rechtigten Angehörigen geschlossen worden sind,   Renten und sonstige laufende Geldleistungen der Sozialversicherungsträger oder Bundesanstalt für Arbeit im Fall des Ruhestands, der teilweisen oder vollständigen werbsunfährigkeit oder der Arbeitslosigkeit,   alle sonstigen, den genannten Bezügen rechtlich oder wirtschaftlich gleichstehen Bezüge.   Soweit Sie nach Auffhebung des Insolvenzverfahrens eine selbständige Tätigkeit ausübsind Sie verpflichtet, während der Laufzeit der Abtretungserklärung die Insolvenzgläubig durch Zahlungen an den gerichtlich bestellten Treuhänder so zu stellen, wie wenn Sie eangemessenes Dienstverhältnis eingegangen wären (§ 295 Abs. 2 InsO).    Jeden Fall der gerichtlichen Ankündigung der Restschuldbefreiung tretich hiermit meine pfändbaren Forderungen auf Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge für die Zeit von sechs Jahren nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens an einen vom Gericht zu bestimmenden Treuhänder ab.    Die von dieser Abtretungserklärung erfassten Forderungen auf Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretende laufende	- Die Anlag	ge ist nur einzureichen, wenn auf dem Hauptblatt Restschuldbefreiung beantragt worden ist -
II. Abtretungserklärung  Für den Fall der gerichtlichen Ankündigung der Restschuldbefreiung tret ich hiermit meine pfändbaren Forderungen auf Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge für die Zeit von sechs Jahren nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens an einen vom Gericht zu bestimmenden Treuhänder ab.  Die von dieser Abtretungserklärung erfassten Forderungen auf Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge  habe ich zurzeit nicht an einen Dritten abgetreten oder verpfändet.  habe ich bereits vorher abgetreten oder verpfändet. Die Einzelheiten sind	Erläuterungen zur Abtretungs-	<ul> <li>deren Stelle tretende laufende Bezüge, also:</li> <li>jede Art von Arbeitseinkommen, Dienst- und Versorgungsbezüge der Beamten, Arbeitsund Dienstlöhne, Arbeitsentgelt für Strafgefangene,</li> <li>Ruhegelder und ähnliche fortlaufende Einkünfte, die nach dem Ausscheiden aus dem Dienst- oder Arbeitsverhältnis gewährt werden, sonstige Vergütungen für Dienstleistungen aller Art, die die Erwerbstätigkeit des Zahlungsempfängers vollständig oder zu einem wesentlichen Teil in Anspruch nehmen,</li> <li>Bezüge, die ein Arbeitnehmer zum Ausgleich für Wettbewerbsbeschränkungen für die Zeit nach Beendigung seines Dienstverhältnisses beanspruchen kann,</li> <li>Hinterbliebenenbezüge, die wegen des früheren Dienst- oder Arbeitsverhältnisses gezahlt werden, Renten, die aufgrund von Versicherungsverträgen gewährt werden, wenn diese Verträge zur Versorgung des Versicherungsnehmers oder seiner unterhaltsberechtigten Angehörigen geschlossen worden sind,</li> <li>Renten und sonstige laufende Geldleistungen der Sozialversicherungsträger oder der Bundesanstalt für Arbeit im Fall des Ruhestands, der teilweisen oder vollständigen Erwerbsunfähigkeit oder der Arbeitslosigkeit,</li> <li>alle sonstigen, den genannten Bezügen rechtlich oder wirtschaftlich gleichstehenden Bezüge.</li> <li>Soweit Sie nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens eine selbständige Tätigkeit ausüben, sind Sie verpflichtet, während der Laufzeit der Abtretungserklärung die Insolvenzgläubiger</li> </ul>
Abtretungs- erklärung  Für den Fall der gerichtlichen Ankündigung der Restschuldbefreiung tret ich hiermit meine pfändbaren Forderungen auf Bezüge aus einem Dienst- verhältnis oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge für die Zeit von sechs Jahren nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens an einen vom Ge- richt zu bestimmenden Treuhänder ab.  Die von dieser Abtretungserklärung erfassten Forderungen auf Bezüge aus einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge  habe ich zurzeit nicht an einen Dritten abgetreten oder verpfändet.  habe ich bereits vorher abgetreten oder verpfändet. Die Einzelheiten sind		
einem Dienstverhältnis oder an deren Stelle tretende laufende Bezüge  habe ich zurzeit nicht an einen Dritten abgetreten oder verpfändet.  habe ich bereits vorher abgetreten oder verpfändet. Die Einzelheiten sind	Abtretungs-	sechs Jahren nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens an einen vom Ge-
habe ich bereits vorher abgetreten oder verpfändet. Die Einzelheiten sind		
		habe ich zurzeit <b>nicht</b> an einen Dritten abgetreten oder verpfändet.
		— ······· - · · - · · · · · · · · · · ·

	Erklärung zur Abkürzung der Wohlverhaltensperiode (§ 287 Abs. 2 Satz 1 InsO, Artikel 107 EG InsO)
	<ul> <li>Die Anlage ist nur einzureichen, wenn Restschuldbefreiung beantragt wird und Zahlungsunfähigkeit vor dem 1. Januar 1997 bestand –</li> </ul>
Res	war bereits vor dem 1. Januar 1997 zahlungsunfähig. Deshalb ist bei der gerichtlichen Ankündigung de tschuldbefreiung und der Bestimmung des Treuhänders (§ 291 InsO) festzustellen, dass sich die Lauf: Abtretung nach § 287 Abs. 2 Satz 1 InsO auf fünf Jahre verkürzt.
	die Tatsache, dass ich bereits vor dem 1. Januar 1997 zahlungsunfähig war, lege ich folgende Beweis el vor:
	Kopie der Niederschrift über die abgegebene Eidesstattliche Versicherung (Offenbarungsversicherun und des Vermögensverzeichnisses
	Bescheinigung des zuständigen Gerichtsvollziehers über einen erfolglosen Vollstreckungsversuch
	Sonstige (bitte näher erläutern)

		age 4 n Eröffnun	gsantrag des / der					
	(	Übersicht de	Vermi es vorhandenen Vermöge		nsübersich nd des Einko		95 Abs. 1 Nr. 3 InsC	<b>)</b>
21	I. Erkla Vern	ärung zur nögenslage	Hiermit erkläre ich, dass ich  Weitergehende Angaben nis (Anlagen 5 A ff.) gem	habe	-	_	_	zeich-
22	1.		Vermögen	Ja	gemäß Ergän- zungsblatt	Wert in EUR (Gesamtbetrag)	Sicherungsrechte Dritter (Ergänzungsblatt 5 H)	Nein
	1.1	Bargeld (auch in ausländi	ischer Währung)		-		nein ja, in Höhe von EUR	
	1.2	und Bausparve	Girokonten, Sparkonten, Spar- erträgen, Wertpapiere, Schuld- en, Darlehnsforderungen		5 A		nein ja, in Höhe von EUR	
	1.3	Hausratsgegen Videogeräte, C Geräte, wertvol wertvolle Gebra ras, Waffen, op	Lebensführung übersteigende nstände, Möbel, Fernseh- und Computer, sonstige elektronische ille Kleidungsstücke, sonstige auchsgegenstände (z. B. Kame- otische Geräte u.ä.), wertvolle il, Gesamtwert)		5 B		nein ja, in Höhe von EUR	
	1.4		mden Grundstücken (z. B. Gar- aufsstände etc.)		5 B		nein ja, in Höhe von EUR	
	1.5		Fahrzeuge (PKW, LKW, Wohn- äder, Mopeds usw.)		5 B		nein ja, in Höhe von EUR	
	1.6	ständiges Arbe	egen Dritte (Außenstände, rück- eitseinkommen, Forderungen aus verträgen, Rechte aus Erbfällen)		5 C		nein ja, in Höhe von EUR	
	1.7	baurechte, Rec	Eigentumswohnungen und Erb- chte an Grundstücken		5 D		nein ja, in Höhe von EUR	
	1.8	gen an Kapitalo	srechte oder sonstige Beteiligun- gesellschaften, Personengesell- Genossenschaften		5 E		nein ja, in Höhe von EUR	
	1.9		nsprüche aus Urheberrechten, ermögensgegenstände (z. B.		5 F		nein ja, in Höhe von EUR	
	1.10	Sonstiges Vern	nögen		5 F		nein ja, in Höhe von EUR	
23	2.	Мо	natliche Einkünfte	Ja	gemäß Ergän- zungsblatt	Betrag monatlich netto in EUR	Sicherungsrechte Dritter (Ergänzungsblatt 5 H)	Nein
	2.1		hes Arbeitseinkommen (netto) Zulagen und Zusatzleistungen		5 G		nein ja, in Höhe von EUR	
	2.2	Arbeitslosenun -hilfe, Unterhalt	terstützung (Arbeitslosengeld, tsgeld etc.)		5 G		nein ja, in Höhe von EUR	
	2.3	Krankengeld			5 G		nein ja, in Höhe von EUR	
	2.4		erungen, Betriebsrenten, Versor- (aus öffentlicher Kasse)		5 G		nein ja, in Höhe von EUR	
	2.5	Private Renten rungsverträge	-, Spar- und sonstige Versiche-		5 G		nein ja, in Höhe von EUR	
	2.6		alleistungen (wie z.B. Sozialhilfe, ziehungsgeld, Wohngeld etc.)		5 G		nein ja, in Höhe von EUR	
	2.7		atliche Einkünfte (wie z. B. Ein- erhaltszahlungen)		5 G		nein ja, in Höhe von EUR	

24	3.	Jä	hrliche Einkünfte	Ja	gemäß Ergän- zungsblatt	Betrag jährlich netto in EUR	Sicherungsrechte Dritter (Ergänzungsblatt 5 H)	Nein
	3.1		nichtselbständiger Tätigkeit (z. B. d, Tantiemen, sonstige Gratifika-		5 G		nein ja, in Höhe von EUR	
	3.2	Einkünfte aus \	Vermietung und Verpachtung		5 G		nein ja, in Höhe von EUR	
	3.3	Einkünfte aus I	Kapitalvermögen		5 G		nein ja, in Höhe von EUR	
	3.4	Sonstige jährlid	che Einkünfte		5 G		nein ja, in Höhe von EUR	
25	4.	Sonst	iger Lebensunterhalt			und 3. Den notwe	chenden regelmäßigen E endigen Lebensunterhalt	
26	5.		näßig wiederkehrende ungsverpflichtungen	Ja	gemäß Ergän- zungsblatt		g monatlich in EUR	Nein
	5.1	Unterhaltsverp	flichtungen		5 J	☐ Barunterha	erhalt für Personen It für Personen öhe von EUR	
	5.2	Wohnkosten (N	Miete etc.)		5 J		EUR	
	5.3	Sonstige wese	ntliche Verpflichtungen		5 J		EUR	
27	Verr	ärung zur nögens- gkeit	☐ Hiermit erkläre ich, das bensunterhalts weder ú sonstige Vermögenswe	iber d	lie vorstehend	aufgeführten V		
28		ärung zu enkungen	Ich habe in den letzten vier Jahre des Insolvenzverfahrens Geld, Fi verschenkt (gebräuchliche Geleg Werts sind nicht anzugeben).	orderu	ingen oder Gege	enstände     ja ringen	nein a, im Gesamtwert von EUR äß Ergänzungsblatt 5 K	
		Veräuße-	Ich habe in den letzten zwei Jahr nahe stehende Personen veräuß		rmögensgegens	tände an ☐ j		
29	(§ 30	sicherung 05 Abs. 1 3 InsO)	Die Richtigkeit und Vollstär Angaben versichere ich. Mir können und dass mir die Res oder grob fahrlässig unrichtig Nr. 6 InsO).	ist be	kannt, dass vo Idbefreiung ve	orsätzliche False ersagt werden ka	changaben strafbar se ann, wenn ich vorsätzl	in ich
	(Ort, I	Datum)			(Unterschrift)			

Vermögensverzeichnis es vorhandenen Vermögens und des Einkommens, § 305 Abs. 1 Nr. 3 InsO)  Hinsichtlich meines Vermögens und meiner Einkünfte nehme ich auf die Angaben in der Vermögensübersicht Bezug.  Ich ergänze diese Angaben entsprechend den beiliegenden und in der Vermögensübersicht bereits bezeichneten Ergänzungsblättern:    5 A (Guthaben auf Konten, Wertpapiere, Schuldbuchforderungen, Darlehensforderungen)   5 B (Hausrat, Mobiliar, Wertgegenstände und Fahrzeuge)   5 C (Forderungen, Rechte aus Erbfällen)   5 D (Grundstücke, Eigentumswohnungen und Erbbaurechte, Rechte an Grundstücken)   5 E (Beteiligungen, Aktien, Genussrechte)   5 F (Immaterielle Vermögensgegenstände, sonstiges Vermögen)   5 G (Laufendes Einkommen)
in der Vermögensübersicht Bezug.  □ Ich ergänze diese Angaben entsprechend den beiliegenden und in der Vermögensübersicht bereits bezeichneten Ergänzungsblättern:  □ 5 A (Guthaben auf Konten, Wertpapiere, Schuldbuchforderungen, Darlehensforderungen)  □ 5 B (Hausrat, Mobiliar, Wertgegenstände und Fahrzeuge)  □ 5 C (Forderungen, Rechte aus Erbfällen)  □ 5 D (Grundstücke, Eigentumswohnungen und Erbbaurechte, Rechte an Grundstücken)  □ 5 E (Beteiligungen, Aktien, Genussrechte)  □ 5 F (Immaterielle Vermögensgegenstände, sonstiges Vermögen)  □ 5 G (Laufendes Einkommen)
mögensübersicht bereits bezeichneten Ergänzungsblättern:  5 A (Guthaben auf Konten, Wertpapiere, Schuldbuchforderungen, Darlehensforderungen)  5 B (Hausrat, Mobiliar, Wertgegenstände und Fahrzeuge)  5 C (Forderungen, Rechte aus Erbfällen)  5 D (Grundstücke, Eigentumswohnungen und Erbbaurechte, Rechte an Grundstücken)  5 E (Beteiligungen, Aktien, Genussrechte)  5 F (Immaterielle Vermögensgegenstände, sonstiges Vermögen)  5 G (Laufendes Einkommen)
<ul> <li>☐ 5 B (Hausrat, Mobiliar, Wertgegenstände und Fahrzeuge)</li> <li>☐ 5 C (Forderungen, Rechte aus Erbfällen)</li> <li>☐ 5 D (Grundstücke, Eigentumswohnungen und Erbbaurechte, Rechte an Grundstücken)</li> <li>☐ 5 E (Beteiligungen, Aktien, Genussrechte)</li> <li>☐ 5 F (Immaterielle Vermögensgegenstände, sonstiges Vermögen)</li> <li>☐ 5 G (Laufendes Einkommen)</li> </ul>
<ul> <li>□ 5 C (Forderungen, Rechte aus Erbfällen)</li> <li>□ 5 D (Grundstücke, Eigentumswohnungen und Erbbaurechte, Rechte an Grundstücken)</li> <li>□ 5 E (Beteiligungen, Aktien, Genussrechte)</li> <li>□ 5 F (Immaterielle Vermögensgegenstände, sonstiges Vermögen)</li> <li>□ 5 G (Laufendes Einkommen)</li> </ul>
□ 5 D (Grundstücke, Eigentumswohnungen und Erbbaurechte, Rechte an Grundstücken) □ 5 E (Beteiligungen, Aktien, Genussrechte) □ 5 F (Immaterielle Vermögensgegenstände, sonstiges Vermögen) □ 5 G (Laufendes Einkommen)
□ 5 E (Beteiligungen, Aktien, Genussrechte) □ 5 F (Immaterielle Vermögensgegenstände, sonstiges Vermögen) □ 5 G (Laufendes Einkommen)
☐ 5 F (Immaterielle Vermögensgegenstände, sonstiges Vermögen) ☐ 5 G (Laufendes Einkommen)
☐ 5 G (Laufendes Einkommen)
5 H (Sicherungsrechte Dritter und Zwangsvollstreckungsmaßnahmen)
(statistical galactical and Emanger and Cartain galactic and Carta
☐ 5 J (Regelmäßig wiederkehrende Verpflichtungen)
☐ 5 K (Schenkungen und entgeltliche Veräußerungen)
Ich versichere, dass ich in den nicht beigefügten Ergänzungsblättern keine Angaben zu machen habe.
Die Richtigkeit und Vollständigkeit der in diesem Vermögensverzeichnis und den beigefügten Ergänzungsblättern enthaltenen Angaben versichere ich. Mir ist bekannt, dass vorsätzliche Falschangaben strafbar sein können und dass mir die Restschuldbefreiung versagt werden kann, wenn ich vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige oder unvollständige Angaben gemacht habe (§ 290 Abs. 1 Nr. 6 InsO).
(Unterschrift)

Ergänzungsblatt 5 A	
zum Vermögensverzeichnis des / der ַ	

### Guthaben auf Konten, Wertpapiere, Schuldbuchforderungen, Darlehnsforderungen

31	1.	Guthaben auf Konten (Bezeichnung der Kontonummern, genaue Bezeichnung der Konto führenden Stelle)	Stichtag	Guthaben in EUR
	1.1 1.1.1	Girokonten (z. B. Gehaltskonto)		
	1.2 1.2.1	Termin- oder Festgeldkonten		
	1.3 1.3.1	Fremdwährungsgeldkonten		
	1.4 1.4.1	Sparkonten, Sparverträge		
	1.5 1.5.1	Raten- und Bausparverträge		
	1.6 1.6.1	Sonstige Spareinlagen		
32	2.	Wertpapiere, Schuldbuchforderungen und sonstige Darlehnsforderungen (genaue Bezeichnung: Name des Papiers, Typ, Serie, WKN, ggf. Name der Depotbank mit Depot-Nr., Fälligkeitsdatum, Name und Anschrift des Schuldners)	Stichtag	Kurs- oder Verkehrswert in EUR
32	2.1 2.1.1	Wertpapiere, Schuldbuchforderungen und sonstige Darlehnsforderungen (genaue Bezeichnung: Name des Papiers, Typ, Serie, WKN, ggf. Name der Depotbank mit Depot-Nr., Fälligkeitsdatum, Name und Anschrift des Schuldners)  Investmentfondsanteile	Stichtag	Verkehrswert
32	2.1	(genaue Bezeichnung: Name des Papiers, Typ, Serie, WKN, ggf. Name der Depotbank mit Depot-Nr., Fälligkeitsdatum, Name und Anschrift des Schuldners)	Stichtag	Verkehrswert
32	2.1 2.1.1	(genaue Bezeichnung: Name des Papiers, Typ, Serie, WKN, ggf. Name der Depotbank mit Depot-Nr., Fälligkeitsdatum, Name und Anschrift des Schuldners) Investmentfondsanteile	Stichtag	Verkehrswert
32	2.1 2.1.1 2.2 2.2 2.2.1 2.3 2.3.1	(genaue Bezeichnung: Name des Papiers, Typ, Serie, WKN, ggf. Name der Depotbank mit Depot-Nr., Fälligkeitsdatum, Name und Anschrift des Schuldners)  Investmentfondsanteile  Pfandbriefe, Sparbriefe und ähnliche festverzinsliche Wertpapiere, Obligationen  Schuldbuchforderungen  Wechselforderungen	Stichtag	Verkehrswert
32	2.1 2.1.1 2.2 2.2 2.2.1 2.3 2.3.1	(genaue Bezeichnung: Name des Papiers, Typ, Serie, WKN, ggf. Name der Depotbank mit Depot-Nr., Fälligkeitsdatum, Name und Anschrift des Schuldners)  Investmentfondsanteile  Pfandbriefe, Sparbriefe und ähnliche festverzinsliche Wertpapiere, Obligationen  Schuldbuchforderungen	Stichtag	Verkehrswert
32	2.1 2.1.1 2.2 2.2 2.2.1 2.3 2.3.1 2.4 2.4.1 2.5 2.5.1	(genaue Bezeichnung: Name des Papiers, Typ, Serie, WKN, ggf. Name der Depotbank mit Depot-Nr., Fälligkeitsdatum, Name und Anschrift des Schuldners)  Investmentfondsanteile  Pfandbriefe, Sparbriefe und ähnliche festverzinsliche Wertpapiere, Obligationen  Schuldbuchforderungen  Wechselforderungen  Scheckforderungen  Forderungen aus Hypotheken oder Grundschulden	Stichtag	Verkehrswert
32	2.1 2.1.1 2.2 2.2.1 2.3 2.3.1 2.4 2.4.1 2.5 2.5.1	(genaue Bezeichnung: Name des Papiers, Typ, Serie, WKN, ggf. Name der Depotbank mit Depot-Nr., Fälligkeitsdatum, Name und Anschrift des Schuldners)  Investmentfondsanteile  Pfandbriefe, Sparbriefe und ähnliche festverzinsliche Wertpapiere, Obligationen  Schuldbuchforderungen  Wechselforderungen	Stichtag	Verkehrswert

	Hausrat, Mobiliar, Wertgegenstände und Fahrzeuge	
1.	Hausrat, sonstiges Mobiliar oder Wertgegenstände	Wert in EUR
1.1	Bescheidene Lebensführung übersteigende Hausratsgegenstände, Möbel, Fernseh- und Videogeräte, Computer, sonstige elektronische Geräte, wertvolle Kleidungsstücke, sonstige wertvolle Gebrauchsgegenstände (z. B. Kameras, Waffen, Sportgeräte, optische Geräte u.ä.)	
1.2	Sonstige Wertgegenstände (wie z. B. wertvolle Bücher, Kunstobjekte, Musikinstrumente, Uhren, Schmuck, Samm-	
1.2.1	lungen, Gegenstände aus Edelmetall, Edelsteine, Perlen, Goldmünzen etc.)	
1.3 1.3.1	Bauten auf fremden Grundstücken (z. B. Gartenhaus, Verkaufsstände etc.)	
2.	Kraftfahrzeuge (Bitte Typ/Fabrikat, Kennzeichen, Baujahr, km-Leistung und Aufbewahrungsort des Fahrzeugbriefes angeben)	Wert in EUR
2.1 2.1.1	PKW	
2.2 2.2.1	LKW	
2.3 2.3.1	Wohnwagen, Anhänger u.ä.	
2.4 2.4.1	Motorräder, Mopeds u.ä.	
2.5	Land- und forstwirtschaftliche Maschinen, Geräte u.ä.	
2.5.1		
3.	Erklärung zu unpfändbaren Gegenständen	
	☐ Die Gegenstände unter laufender Nummer zur Fortsetzung der Erwerbstätigkeit benötigt.	werden
	Begründung:	

Ergänzungsblatt 5 C	
zum Vermögensverzeichnis des / der	

### Forderungen (z. B. aus Versicherungsverträgen), Rechte aus Erbfällen

	1.	Forderungen	Wert in EUR					
36	1.1	Forderungen aus Versicherungsverträgen (Name und Anschrift der Versicherungsgesellschaft oder Kasse und Vertragsnummer, Versicherungsleistung bzw. Beitragserstattung, ggfs. Rückkaufwert, Name des Begünstigten)						
		Kapital-Lebensversicherungsverträge, Sterbekassen						
		private Rentenversicherungen						
		private Krankenversicherung						
		sonstige Versicherungen (z.B. Ansprüche gegen Hausrat-, Haftpflichtversicherung, sonstige verwertbare Versicherung)						
37	1.2	Rückständiges Arbeitseinkommen						
	1.2.1	Name / Firma, vollständige Anschrift des Arbeitgebers, Art des rückständigen Einkommens (z.B. Urlaubsgeld, Weihnachtsgeld, rückständiger Lohn von – bis)						
	1.2.1							
38	1.3	Steuererstattungsansprüche Finanzamt						
		Steuernummer Die Steuererklärung wurde zuletzt abgegeben für das Kalenderjahr						
	1.4	Sonstige Zahlungsansprüche, z. B. aus Schadensfällen oder aus noch nicht erfüllten Verträgen						
39	1	Name / Firma, vollständige Anschrift des Schuldners						
	1.4.1	Art des Zahlungsanspruchs (genaue Bezeichnung des Rechtsgrunds; ggf. Angaben zur Einbringlichkeit der Forderung)						
40	2.	Rechte und Ansprüche aus Erbfällen	Wert in EUR					
		(Bezeichnung der Beteiligung bzw. des Anspruchs, z. B. Erbengemeinschaft, Pflichtteilsanspruch, Beteiligung an einer fortgesetzten Gütergemeinschaft etc.)						

	Grundsti	icke, Eigen	tumswohnunge	n und Erbbaurechte, Rechte an	Grundsti	ücken				
1.	Genaue Bez	eichnung de	s Grundvermöger	<b>1S</b> (evtl. gesonderte Aufstellung oder Grundbuch	nauszüge beit	ügen)				
lfd. Nr.	(St	Lage des Objeraße, Ort), Nut		Grundbuchbezeichnung (Amtsgericht, Grundbuchbezirk, Band, Blatt)  Eigentums- tums- anteil  Verkeh in EUF						
1.1 1.1.1	Eigentum an Gru	ındstücken oder l	Eigentumswohnungen		unton					
1.2 1.2.1	Erbbaurechte									
1.3 1.3.1	Grunddienstbark	eiten, Nießbrauc	hsrechte							
1.4 1.4.1	Sonstige im Grur	ndbuch eingetrag	ene Rechte							
2.	Belastungen	dieses Gru	ndvermögens (evtl	gesonderte Aufstellung oder Grundbuchauszüg	e beifügen)					
lfd. Nr. zu 1.	Art der Belastu		Grundbuch- eintragung in a) Abteilung b) Ifd. Nr.	Name des Gläubigers		Wert der derzeitigen Belastung in EUR				
3.	Ist die Zwan	gsversteige	rung oder –verwal	tung dieses Grundstückes angeord	net?					
lfd. Nr.	Zwangs- versteigerung	Zwangs- verwaltung		Zuständiges Amtsgericht (mit Geschäftszeichen)						
		П								
zu 1.										

•	änzungsblatt 5 E n Vermögensverzeichnis des / der			
	Beteiligungen (Aktien, Genussrechte	e, sonstige Bet	eiligungen)	
1.	Aktien, Genussrechte und sonstige Beteiligungen an – evtl. gesonderte Aufstellung oder Depotauszug beifügen –	Kapitalgesellsch	naften (AG, Gmbl	H, KGaA)
lfd. Nr.	a) Beteiligungsform     b) Name und Anschrift der Gesellschaft     c) WKN, Depot-Nr. und -bank bzw. Registergericht mit HRB-Nr.	Nennbetrag je Gesellschaft in EUR	Kurs- bzw. Ver- kehrswert in EUR	Fällige Gewinn- ansprüche in EUR
1.1				
2.	Beteiligung an Personengesellschaften (oHG, KG, Partnerschaftsgesellschaft, Gesellschaft des b	ürgerlichen Rech	ts, EWIV u.ä.)	
lfd. Nr.	- evtl. gesonderte Aufstellung beifügen -     a) Name und Anschrift der Gesellschaft     b) Eingetragen im Register des Amtsgerichts unter HRA-Nr.     c) Beteiligungsform	Nennbetrag je Gesellschaft in EUR	Verkehrswert in EUR	Fällige Gewinn- ansprüche in EUR
2.1				
3.	Beteiligungsform als stiller Gesellschafter  – evtl. gesonderte Aufstellung beifügen –			
lfd. Nr.	a) Name und Anschrift des Unternehmens b) Eingetragen im Register des Amtsgerichts c) unter HRA/HRB-Nr.	Nennbetrag je Gesellschaft in EUR	Verkehrswert in EUR	Fällige Gewinn- ansprüche in EUR
3.1				
4.	Beteiligungen an Genossenschaften (auch Anteile von Geno – evtl. gesonderte Aufstellung beifügen –	ossenschaftsbanken, S	Spar- und Darlehnskas	esen)
lfd. Nr.	a) Name und Anschrift der Genossenschaft b) Eingetragen im Register des Amtsgerichts c) unter Nr.		Geschäftsgut- haben in EUR	Fällige Gewinn- ansprüche in EUR
4.1			-	-

Ergänzungsblatt 5 F	
zum Vermögensverzeichnis des / der _	

### Immaterielle Vermögensgegenstände und sonstiges Vermögen

48

1.	Immaterielle Vermögensgegenstände (z. B. Urheber-, Patent-, Verlags- oder ähnliche Rechte)	
lfd. Nr.	Genaue Bezeichnung und – soweit registriert - Angabe der Registerbehörde (z. B. Deutsches Patentamt), des Geschäftszeichens der Registerbehörde; Angaben über Nutzungsverträge u.ä.	Wert in EUR
1.1	anity, des Geschaltszeichens der Negisierbenorde, Angaben über Nutzungsverträge d.a.	III LOK

2.	
lfd Nr	Wert in EUR
2.1	

			Laufendes Einkommen							
I. Einkünfte aus nichtselb	ständi	aer Aı	beit und sonstigen Dienstverhältniss	sen						
	Berufl	iche Tät								
Berufliche Tätigkeit (Aufgabenbereich)										
Genauer Name (Firma)	Name	Name / Firma								
und Anschrift des Arbeitgebers oder der	PLZ	=	Ort		Hausnum	ımer				
sonstigen auszahlenden Stelle		nal-Nr. o								
		Lohn-	oder Gehaltsbescheinigungen der letzten 2							
			Zahlungsweise	Abzweigung bei Pfändui Abtretung i	ng oder	Auszahlungs betrag in EU				
1. Arbeitseinkommen	□ Nein	□ Ja	monatlich							
2. Zulagen (durchschnittlich)	□ Nein	□ Ja	monatlich							
3. Zusätzliche Leistungen des Arbeitgebers (z. B. vermögenswirksame Leistungen)	□ Nein	□ Ja	monatlich							
4. Weihnachtsgeld	□ Nein	□ Ja	jährlich							
5. Urlaubsgeld	□ Nein	□ Ja	jährlich							
6. Einkünfte aus sonstigen Dienstverhältnissen, Aufwandsentschädigun-	□ Nein	□ Ja	monatlich							
gen und gewinn- abhängige Tantiemen	Nem	Ja	jährlich							
<ol> <li>Abfindungen bei Beendi- gung eines Dienst- oder Arbeitsverhältnisses</li> </ol>	□ Nein	□ Ja	gesamt							
II. Einkünfte im Rahmen o	les Ru	hestaı	nds							
				Abzweigung bei Pfändui Abtretung i	ng oder	monatlicher Auszahlungs betrag in EU				
1. Leistungen der gesetz- lichen Rentenversiche- rung	□ Nein	□ Ja -	Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:		-					
			ntenbescheid ist beigefügt							
2. Versorgungsbezüge	□ Nein	□Ja	Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:							
		☐ Ve	rsorgungsbescheid ist beigefügt.							
3. Betriebsrenten	□ Nein		Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:							
		∏Re	ntenbescheid ist beigefügt							

Sonstige fortlaufende Einkünfte infolge des Ausscheidens aus ei- nem Dienst- oder Ar- beitsverhältnis		Nein	☐ Nachweis ist beigefügt		
	aus privaten erungs- oder trägen	Nein	☐ Ja · Auszahlende Stelle und Vertrags-Nr.:		
			☐ Nachweis ist beigefügt		
III. Untei	rhaltszahlungen	1			
☐ Nein	☐ Ja Name, vollständig	ge Anschi	rift der unterhaltspflichtigen Person(en)	Abzweigungsbetrag bei Pfändung oder Abtretung in EUR	monatliche Auszahlung betrag in EU
IV. Leist	ungen aus öffer	ntlichen	Kassen		
				Abzweigungsbetrag bei Pfändung oder Abtretung in EUR	monatliche Auszahlung betrag in El
1. Arbeitsl	osengeld	□ Nein	☐ Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:		
			☐ Bewilligungsbescheid ist beigefügt		
2. Arbeitsl	osenhilfe	□ Nein	☐ Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:		
			☐ Bewilligungsbescheid ist beigefügt		
3. Kranker	geld	Nein	☐ Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:		
			☐ Bewilligungsbescheid ist beigefügt		
4. Sozialhi	lfe	Nein	☐ Ja · Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:		
			☐ Bewilligungsbescheid ist beigefügt ☐ Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:		
5. Wohnge	eld	Nein	Ja-Auszahlende Stelle und Geschaltszeichen.		
			☐ Bewilligungsbescheid ist beigefügt		
6. Unterha	ltsgeld	Nein	☐ Ja · Auszahlende Stelle und Geschäftszeichen:		
			☐ Bewilligungsbescheid ist beigefügt		

7. Kinderge	eld	□ Nein	☐ Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftsz				
8.	- d - u Pd	□ Nein	☐ Bewilligungsbescheid ist beigefügt ☐ Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftsz				
	oder Erwerbs- ceitsrenten	Neili					
			☐ Bewilligungsbescheid ist beigefügt				
9. Hinterbliebenen-, Un-fall-, Kriegsopferrenten			☐ Ja - Auszahlende Stelle und Geschäftsz	eich	en:		
			☐ Bewilligungsbescheid ist beigefügt				
10. Sonstige Leistungen aus öffentlichen Kassen			☐ Ja - Auszahlende Stelle und Geschäfts:				
			☐ Bewilligungsbescheid ist beigefügt				
V. Einkü	nfte aus Vermiet	ung ur	nd Verpachtung				
☐ Nein	☐ Ja			monatlich	jährlich	Abzweigungsbetrag bei Pfändung oder	Einkünfte
	Bezeichnung des N Name und Anschri	Miet- ode ft der M	er Pachtobjekts; ieter oder Pächter	atlich	lich	Abtretung in EUR	in EUR
VI. Zinse	einkünfte und so	nstige	laufende Einkünfte				
☐ Nein	☐ Ja  genaue Bezeichnu	ing der E	Einkunftsart; ahlungspflichtigen Person oder Stelle	monatlich	jährlich	Abzweigungsbetrag bei Pfändung oder Abtretung in EUR	Einkünfte in EUR
	Traine and Thisein	doi 20	mungopmentagen i ereen euer eteme				

	Sicherungsrechte D	Pritte	r und	Zwangs	vollstreckungsmaßnahmen	
1.	Eigentumsvorbehalte, Sicherung	süber	eignu	ingen		
lfd. Nr.	Gegenstand		tum es trags	Name un	Restschuld (ca.) in EUR	
1.1						
2.	Lohnabtretungen, Sicherungsabt	retun	gen			
lfd. Nr.	Abgetretene Forderung (z.B.: Lohn/Gehalt bei Fa, Ansprüche aus Lebensversicherung)	Abtretung ist offen gelegt	pfändbarer Teil wird abgeführt	Datum der Abtretung	Name und Anschrift des Lohn- bzw. Sicherungsabtretungs- gläubigers	gegenwärtig Höhe der gesicherten Schuld (ca.) in EUR
2.1						
3.	Freiwillige Verpfändungen					
lfd. Nr.	Verpfändeter Gegenstand bzw. verpfändete Forderung	d Ver	tum er pfän- ung		Name und Anschrift des Pfandgläubigers	gegenwärtige Höhe der gesicherten Schuld (ca.) in EUR
3.1						
4.	Zwangsvollstreckungen und Pfär	dung	en			
lfd. Nr.	Gegenstand und Datum der Zwangsvollstreckung / Pfändu (mit Angabe von Gerichtsvollzieher und DR-I dungsprotokolls bzw. von Gericht und Akten Pfändungs- und Überweisungsbeschlu	ng Nr. des zeicher		Datum der Pfän- dungsma ßnahme	Name und Anschrift des Gläubigers	Restschuld (ca.) in EUR
4.1						

	F	Regelmäßig wi	iederkehrend	de Verpflichtı	ung	en	
I. Unterhaltslei- stungen an Angehörige		orname und Gebur venn sie von Ihrer Ans		Familienver- hältnis (Kind, Ehegatte, Eltern, Lebens- partner, usw.)	L	Interhaltsleistung	Eigene Einnah- men der Empfänger
	1.					Naturalunterhalt	☐ Nein
						Barunterhalt, onatlich	☐ Ja, monatlich netto
						EUR	EU
	2.					Naturalunterhalt	☐ Nein
						Barunterhalt, onatlich	☐ Ja, monatlich netto
						EUR	EU
	3.				$  \Box $	Naturalunterhalt	☐ Nein
						Barunterhalt, onatlich	☐ Ja, monatlich netto
						EUR	EU
	4.				<u> </u>		☐ Nicht bekann
	4.					Naturalunterhalt	☐ Nein
						Barunterhalt, onatlich	☐ Ja, monatlich netto
						EUR	EU
	5.				<u> </u>		☐ Nicht bekann
	5.					Naturalunterhalt Barunterhalt,	☐ Nein ☐ Ja,
					m	onatlich EUR	monatlich netto
							☐ Nicht bekann
II. Wohnkosten	Wohnungs- größe in gm	Kaltmiete monatlich in EUR	Nebenkoster monatlich in EUR			Ich zahle darauf monatlich EUR	Mitbewohner zahlen monatlic EUR
					-		
III. Weitere wesentliche Zahlungsver-	(z. B. Lebensversion	erpflichtung bzw. a cherungsbeiträge, Ve asingverträgen, Pflege	rpflichtungen aus h	Kredit-, Abzahlungsk	kauf-	Monatliche Höhe der Verpflich- tung bzw. Bela- stung in EUR	Mitverpflichtete zahlen darauf monatlich in EUR
pflichtungen, besondere Belastungen							

Ergänzungsblatt 5 K zum Vermögensverzeichnis des / der
Schenkungen und entgeltliche Veräußerungen

1.	Unentgeltliche Veräußerung von Vermögensgeger	nständen (	Schenkungen)	
	☐ Ich habe in den letzten 4 Jahren vor dem Antrag auf Eröffr rungen oder Gegenstände verschenkt (gebräuchliche Ges	nung des Ins schenke von	solvenzverfahrens folgende Gelo geringem Wert sind nicht anzug	lbeträge, Fo
lfd. Nr.	Name und Anschrift des Empfängers	Datum	Gegenstand	Wert in E
1.1				
2.	Entgeltliche Veräußerung von Vermögensgegensta			o stahanda
	Person folgende Vermögensgegenstände (auch Forderun			
lfd. Nr.	Name der nahe stehenden Person (§ 138 InsO)	Datum	Gegenstand	Wert in E
2.1	Ehegatte oder Lebenspartner (vor, während oder nach der Ehe oder Lebenspartnerschaft)			
2.2	Lebensgefährte oder andere Personen, die mit mir in häuslicher Gemeinschaft leben oder im letzten Jahr vor der Veräußerung gelebt haben			
2.3	☐ Kinder oder Enkelkinder			
2.4	meine oder meines Ehegatten Eltern, Großeltern, Geschwister und Halbgeschwister			
2.5	☐ Ehegatten der zuvor genannten Personen			



	age 6 n Eröffnungsantrag des / d	er_							
			Gläubiger und \	Gläubi /erzeichnis	iger- und der gegen	Forderui den Schuld	ngsverzeichnis dner gerichteten Forderungen, § 305 Abs. 1 Nr. 3 InsO)		
lfd. Nr. des Gläubigers im SB-Plan AT	Name/Kurzbezeichnung des Gläubigers (vollständige Angaben im Allgemeinen Teil des Schuldenbereinigungsplans)	Nahestehende Person (§ 138)	Hauptforderung in EUR (je Hauptforde- rung eine Zeile)  Hinsichtlic Spalte "Forde	Zins Höhe in EUR ch der Angaben rungsgrund" au	berechnet bis zum zu Hauptforde	Kosten in EUR erung, Zinsen, orderungsaufsi	Forderungsgrund; ggf. Angaben zum Bestand und zur Berechtigung der Forderung Kosten, Forderungsgrund und Titulierung kann durch einen Hinweis in der tellungen der Gläubiger Bezug genommen werden (§ 305 Abs. 2 Satz 1 InsO).	Forderung tituliert	Summe aller Forderungen des Gläubigers in EUR

lfd. Nr. des Gläubigers im SB-Plan AT	Name/Kurzbezeichnung des Gläubigers (vollständige Angaben im Allgemeinen	Nahestehende Person (§ 138)	Hauptforderung in EUR (je Hauptforde-	Zins Höhe	berechnet	Kosten in EUR	Forderungsgrund; ggf. Angaben zum Bestand und zur Berechtigung der Forderung	Forderung tituliert	Summe aller Forderungen des Gläubigers in
iläuk an A	Teil des Schuldenbereinigungsplans)	nend } 138	rung eine Zeile)	in EUR	bis zum			g	EUR
igers T		3) e	Hinsichtlid Spalte "Forde	ch der Angaben rungsgrund" auf	zu Hauptforde beigefügte Fo	rung, Zinsen, rderungsaufst	Kosten, Forderungsgrund und Titulierung kann durch einen Hinweis in der tellungen der Gläubiger Bezug genommen werden (§ 305 Abs. 2 Satz 1 InsO).		
						<u> </u>	,		
(§ 30	Die Richtigkeit und Vo angaben strafbar sein k gemacht habe (§ 290 Al	önner	n und dass mir die	esem Gläubig Restschuldbe	<b>er- und Forc</b> freiung versa	derungsverz agt werden k	zeichnis enthaltenen Angaben versichere ich. Mir ist bekannt, dass v ann, wenn ich vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige oder unvollst	vorsät tändig	zliche Falsch- e Angaben
					(Ort, Datum	1)	(Unterschrift)		

66		age 7	Vorname	und Name		
	zun	n Eröffnungsantrag des / der	Straße un	nd Hausnummer		
			Postleitza	hl und Ort		
			Verfahren	nsbevollmächtigte(r)		
		Schuldenbereinig		olan für das gerichtliche Verfahre Abs. 1 Nr. 4 InsO)	n	
			All	gemeiner Teil		
	Γ	Dort sind für jeden Gläubiger die angebotenen l	besondere	enbereinigungsplan aus dem Besonderen Teil (Anlag en Regelungen zur angemessenen Bereinigung der enen Schuldenbereinigung können in der Anlage 7 C	Schulden darges	
67		Datum des Schulde	nbereir	nigungsplans:		
68	inter Eink biete zur	er Berücksichtigung der Gläubiger- ressen sowie meiner Vermögens-, kommens- und Familienverhältniss e ich den nachstehenden Gläubige Bereinigung meiner Schulden folge uldenbereinigungsplan an:	e rn	<ul> <li>□ Plan mit Einmalzahlung oder festen Raten gen 7 A beiliegenden Plan und den in Anlage 7 B ar Regelungen</li> <li>□ Plan mit flexiblen Raten gemäß dem in Anlage und den in Anlage 7 B aufgeführten ergänzend</li> <li>□ Sonstiger Plan (als Anlage 7 A beigefügt) mit den in Anlage 7 B aufgeführten ergänzend</li> <li>□ Erläuterungen zur vorgeschlagenen Schuldent</li> </ul>	ufgeführten ergä 7 A beiliegendel den Regelungen en Regelungen	inzenden n Plan
69			Bete	eiligte Gläubiger		
	lfd. Nr.	Gläubiger (möglichst in alphabetischer Reihenfolge)	)	Verfahrensbevollmächtigte(r) für das Insolvenzverfahren	Summe aller Forderungen des Gläubi- gers in EUR	Anteil an der Gesamt verschu Idung in %
	1.	Name, Vorname bzw. Firma		Name, Vorname, Firma		
		Straße, Hausnummer		Straße, Hausnummer		
		Postleitzahl, Ort		Postleitzahl, Ort	1	
		Geschäftszeichen		Geschäftszeichen	1	
		gesetzlich vertreten durch		,		
	2.	Name, Vorname bzw. Firma		Name, Vorname, Firma		
		Straße, Hausnummer		Straße, Hausnummer		
		Postleitzahl, Ort		Postleitzahl, Ort		
		Geschäftszeichen		Geschäftszeichen		
		gesetzlich vertreten durch				
	3.	Name, Vorname bzw. Firma		Name, Vorname, Firma		
		Straße, Hausnummer		Straße, Hausnummer		
		Postleitzahl, Ort		Postleitzahl, Ort		
		Geschäftszeichen		Geschäftszeichen		
		gesetzlich vertreten durch				

lfd. Nr.	Gläubiger	Verfahrensbevollmächtigte(r) für das Insolvenzverfahren	Summe aller Forderungen des Gläubi- gers in EUR	Anteil an der Gesamt verschu Idung in %
	Name, Vorname bzw. Firma	Name, Vorname, Firma		
	Straße, Hausnummer	Straße, Hausnummer		
	Postleitzahl, Ort	Postleitzahl, Ort		
	Geschäftszeichen	Geschäftszeichen		
	gesetzlich vertreten durch			
	Name, Vorname bzw. Firma	Name, Vorname, Firma		
	Straße, Hausnummer	Straße, Hausnummer		
	Postleitzahl, Ort	Postleitzahl, Ort		
	Geschäftszeichen	Geschäftszeichen		
		Geschaltszeichen		
	gesetzlich vertreten durch			
	Name, Vorname bzw. Firma	Name, Vorname, Firma		
	Straße, Hausnummer	Straße, Hausnummer		
	Postleitzahl, Ort	Postleitzahl, Ort		
	Geschäftszeichen	Geschäftszeichen		
	gesetzlich vertreten durch			
	Name, Vorname bzw. Firma	Name, Vorname, Firma		
	Straße, Hausnummer	Straße, Hausnummer		
	Postleitzahl, Ort	Postleitzahl, Ort		
	Geschäftszeichen	Geschäftszeichen		
	gesetzlich vertreten durch			
	Name, Vorname bzw. Firma	Name Variance Simo		
	,	Name, Vorname, Firma		
	Straße, Hausnummer	Straße, Hausnummer		
	Postleitzahl, Ort	Postleitzahl, Ort		
	Geschäftszeichen	Geschäftszeichen		
	gesetzlich vertreten durch	1		
	Name, Vorname bzw. Firma	Name, Vorname, Firma		
	Straße, Hausnummer	Straße, Hausnummer		
	Postleitzahl, Ort	Postleitzahl, Ort		
	Geschäftszeichen	Geschäftszeichen		
	gesetzlich vertreten durch			



	age 7 A n Eröffnungsantrag des / d	er											
	Sch	nuldenberei - Musterp	В	olan für da esonderer nmalzahlun	Teil			rfahren		Sch		um des einigungsp	olans: -
					Gesamtvers	chuldur	ng in EUR	Gesamtregulierungsbetrag in EUR	Gesamtregulierur	gsquote in %	6 Monatliche	e Gesamtrate in	EUR
Z	n Verbindung mit den ergänz Anlage 7 B biete ich den im Pl ur angemessenen und endgi Schulden die folgende Regelu	lan genannte ültigen Berei	en Gläubiç	gern	Zahlu und I			Anzahl der Raten  Sonderzahlungen (z. B. pf.  Anzahl der Sonderzahlungen:  Beginn der Zahlungen	ändbarer Teil des	monatlich			
lfd. Nr. des Gläubi- gers im SB-Plan AT	Name/Kurzbezeichnung des Gläubigers (vollständige Angaben im Allgemeinen Teil des Schuldenbereinigungsplans)	Hauptforderung in EUR	Zin Höhe in EUR	sen berechnet bis zum	Kosten in EUR	Forderung gesichert	·	Zahlungsweise und Fälligkeit weit nicht einheitlich wie oben ang der Raten p.m./p.a. zum	egeben) feste oder za		jeweilige Höhe der Sonderzah- lung(en)	Summe aller Zah- lungen auf die Forde- rung in EUR	Regulie rungs- quote auf die Forde- rung in %
												<del> </del>	
												<del> </del>	
												<u> </u>	
												]	

lfd. Nr. des Gläubi- gers im SB-Plan AT	Name/Kurzbezeichnung des Gläubigers (vollständige Angaben im Allgemeinen Teil des Schuldenbereinigungsplans)	Hauptforderung in EUR	Zin Höhe in EUR	sen berechnet bis zum	Kosten in EUR	Forderung gesichert	Zahlungsweise und Fälligkeit (nur soweit nicht einheitlich wie oben angegeben) Anzahl der Raten p.m./p.a. zum	Höhe der festen Rate oder Einmal- zahlung in EUR	jeweilige Höhe der Sonderzah- lung(en)	Summe aller Zah- lungen auf die Forde- rung in EUR	Regulie rungs- quote auf die Forde- rung in %

71

Anl zun	age 7 A n Eröffnungsantrag des / der _							-				
	Schuld	enbereinigur - Mus	ngsplan fü Besonde terplan mit f	erer T	eil		e Ve	rfahren			Datum des Schuldenbereinigu	
					Gesamt	tverschuldung i	n EUR			derzeit pfändbarer Te	il des Einkommens in EUR	
Z	n Verbindung mit den ergänzend Anlage 7 B biete ich den im Plan g aur angemessenen und endgültig Schulden die folgende Regelung a	genannten Glä en Bereinigun	iubigern			ungsweis I Fälligkeit	B e t	esamtlaufzeit in Mona eginn der Laufzeit er Zahlbetrag ergibe dem jeweils pfändb den ergänzenden F	o <b>t sich aus</b> baren Teil m		ns gemäß §§ 850c ff. ZPC	).
lfd. Nr. des Gläubi- gers im SB-Plan AT	Name / Kurzbezeichnung des Gläubigers (vollständige Angaben im Allgemeinen Teil des Schuldenbereinigungsplans)	Hauptforderung in EUR	Zins Höhe in EUR	bere	chnet zum	Kosten in EUR	gesichert	(nur	Zahlun	gsweise und Fälligk		Anteil der Forderung am Zahlbe- trag in %

lfd. Nr. des Gläubi- gers im SB-Plan AT	Name / Kurzbezeichnung des Gläubigers (vollständige Angaben im Allgemeinen Teil des Schuldenbereinigungsplans)	Hauptforderung in EUR	Zinsen Höhe berechnet		Kosten in EUR	Forderung gesichert	Anzahl der	Anteil der Forderung am Zahlbe- trag in %		
Þị- AT			in EUR	bis zum			Raten	p.m./p.a. zum	erstmals am	

Schuldenbereinigungsplan für das gerichtliche Verfahren Besonderer Teil - Ergänzende Regelungen -							
Datum des Schuldenbereinigungsplans:							
Ergänzende Rege (insbesondere Si	elungen cherheiten der Gläubiger, § 305 Abs. 1 Nr. 4 Halbsatz 3)						
s sollen folgende ergänze haften, vereinbarte oder	ende Regelungen gelten (für die Sicherheiten der Gläubiger, z. B. Sicherungsabtretungen, Bürgdurch Zwangsvollstreckung erlangte Pfandrechte, müssen Regelungen erfolgen):						

Schuldenbereinigungsplan für das gerichtliche Verfahren Erläuterungen zur vorgeschlagenen Schuldenbereinigung							
						Datum des Schuldenbereinigungsplans:	
läuterung	erungen zur vorgeschlagenen Schuldenbereinigung						

# Hinweisblatt zu den Vordrucken für das Verbraucherinsolvenzverfahren und das Restschuldbefreiungsverfahren

Lesen Sie bitte die nachfolgenden Hinweise vor dem Ausfüllen der Antragsvordrucke sorgfältig durch. Füllen Sie die Vordrucke unter Beachtung der Hinweise vollständig und gewissenhaft aus. Wenn Sie beim Ausfüllen Schwierigkeiten haben, kann Ihnen in vielen Fällen die geeignete Person oder Stelle, die das Scheitern des außergerichtlichen Einigungsversuchs bescheinigt hat, behilflich sein. Allgemeine Fragen können Sie aber auch an das zuständige Insolvenzgericht richten.

### **Allgemeine Hinweise**

Die Vordrucke für das Verbraucherinsolvenz- und Restschuldbefreiungsverfahren können Sie mit dem Computer, mit der Schreibmaschine oder handschriftlich – bitte in lesbarer Druckschrift – ausfüllen. Da es sich um amtliche Vordrucke handelt, sind inhaltliche oder gestalterische Änderungen oder Ergänzungen nicht zulässig. Sollte der Raum im Vordruck nicht ausreichen, können Sie die Angaben auf einem besonderen Blatt machen. In dem betreffenden Feld des Vordrucks ist dann auf das beigefügte Blatt hinzuweisen.

Die vollständig ausgefüllten Vordrucke sind zunächst ohne Abschriften (Kopien) bei dem zuständigen Insolvenzgericht einzureichen. Wenn das Insolvenzgericht die Durchführung des *gerichtlichen Schuldenbereinigungsplanverfahrens* ð 66 anordnet, werden Sie gesondert aufgefordert, Abschriften des gerichtlichen Schuldenbereinigungsplans (Anlage 7, Anlage 7 A und Anlage 7 B) und der Vermögensübersicht (Anlage 4) in der für die Zustellung an die Gläubiger erforderlichen Anzahl nachzureichen. Stellen Sie deshalb unbedingt sicher, dass Sie eine vollständige, inhaltsgleiche Kopie der an das Gericht übersandten Antragsunterlagen bei Ihren Verfahrensunterlagen behalten.

#### Wichtiger Hinweis zur Umstellung auf den Euro:

Seit dem 1. Januar 2002 sind alle Beträge ausschließlich in EUR anzugeben; dies gilt auch für Beträge, die vor dem 1. Januar 2002 in DM entstanden sind oder mitgeteilt wurden. Solche Beträge müssen Sie nach dem amtlichen Umrechnungskurs (1 EUR = 1,95583 DM) umrechnen.

# Hauptblatt (Eröffnungsantrag)

- In der Kopfzeile des Hauptblattes tragen Sie bitte nur Ihren Vor- und Nachnamen mit Postanschrift und der Telefonnummer, unter der Sie tagsüber regelmäßig erreichbar sind, sowie ggf. den Namen Ihres Verfahrensbevollmächtigten ein; die vollständigen Angaben zu Ihrer Person und zu Ihrem Verfahrensbevollmächtigten werden in der Anlage 1 (Personalbogen) erfasst. Bitte setzen Sie Ihren Vor- und Nachnamen auch in die Kopfzeile aller Anlagen zum Eröffnungsantrag ein.
- Das für Ihren Insolvenzantrag **zuständige Amtsgericht** wird Ihnen in aller Regel von der geeigneten Person oder Stelle, die das Scheitern des außergerichtlichen Einigungsversuchs bescheinigt hat, genannt. Sie können das zuständige Insolvenzgericht aber auch bei jedem Amtsgericht erfragen.
- Mit dem Eröffnungsantrag erklären Sie, dass Sie nach Ihrer Einschätzung zahlungsunfähig sind oder dass Zahlungsunfähigkeit unmittelbar bevorsteht. Auf Grund des Eröffnungsantrags kann das Gericht alle Maßnahmen ergreifen, die erforderlich sind, um Ihr noch vorhandenes Vermögen zu sichern. Kommt es auf Grund Ihres Eröffnungsantrags zur Eröffnung des Insolvenzverfahrens, so wird ein Treuhänder eingesetzt, der Ihr pfändbares Vermögen und Einkommen an die Gläubiger verteilt. Nach Abschluss dieser Verteilung wird das Insolvenzverfahren aufgehoben und es schließt sich, falls Sie einen Antrag auf Restschuldbefreiung gestellt haben, die so genannte Wohlverhaltensperiode ð 19 an.
- Der Antrag auf Restschuldbefreiung kann nur in Verbindung mit einem eigenen Eröffnungsantrag gestellt werden. Er ist aber nicht Voraussetzung für die Durchführung des Insolvenzverfahrens, sodass Sie an dieser Stelle eindeutig erklären müssen, ob Sie einen Restschuldbefreiungsantrag stellen oder nicht. Wenn das Insolvenzverfahren nicht bereits durch einen erfolgreichen *gerichtlichen Schuldenbereinigungsplan* ð 66 beendet wird, können Sie die Befreiung von Ihren Verbindlichkeiten nur erlangen, wenn Sie den Restschuldbefreiungsantrag stellen. Andernfalls können die Gläubiger ihre Forderungen, soweit sie nicht im Insolvenzverfahren erfüllt worden sind, nach Aufhebung des Insolvenzverfahrens weiterhin geltend machen. Von der Restschuldbefreiung ausgenommen sind die in § 302 InsO genannten Forderungen, insbesondere also Forderungen aus vorsätzlich begangener unerlaubter Handlung sowie Geldstrafen.

Diejenigen Anlagen, die Sie Ihrem Insolvenzantrag zwingend beifügen müssen, sind bereits angekreuzt. Wenn Sie einen Restschuldbefreiungsantrag gestellt haben, ist zusätzlich die Abtretungserklärung (Anlage 3) beizufügen. Als Anlage 7 A müssen Sie als Besonderen Teil des Schuldenbereinigungsplans entweder einen der beiden Musterpläne ð 70, 71 oder einen sonstigen Plan beifügen. Wenn Sie neben den in Anlage 7 B enthaltenen Ergänzenden Regelungen weitere Erläuterungen zu dem Schuldenbereinigungsplan machen wollen, können Sie die Anlage 7 C einreichen.

Welche **Ergänzungsblätter zum Vermögensverzeichnis** Sie beifügen, geben Sie nur im *Vermögensverzeichnis* (*Anlage 5*) **30** an.

- Aufgrund Ihrer **gesetzlichen Auskunfts- und Mitwirkungspflicht** sind Sie nicht nur verpflichtet, selbst vollständig Auskunft über Ihre Vermögensverhältnisse zu erteilen; Ihnen obliegt es auch, auf Verlangen des Gerichts Dritte von ihrer Pflicht zur Verschwiegenheit zu entbinden. Ein Verstoß gegen diese Obliegenheit kann zur **Versagung der Restschuldbefreiung** führen.
- Ihre eigenhändige Unterschrift ist Voraussetzung für einen wirksamen Eröffnungsantrag. Bitte unterschreiben Sie auch die Anlagen zum Eröffnungsantrag, soweit dies in den Vordrucken vorgesehen ist, nämlich die Abtretungserklärung, die Vermögensübersicht, das Vermögensverzeichnis sowie das Gläubiger- und Forderungsverzeichnis.

# Anlage 1 (Personalbogen: Angaben zur Person)

- Bitte geben Sie hier Ihre **Personalien** vollständig an; teilen Sie dem Gericht unverzüglich mit, falls sich Ihr Name, Ihre Anschrift oder sonstige Angaben im Laufe des Verfahrens ändern.
- Bei den Angaben zu Ihrem **Familienstand** geben Sie bitte ggf. das **genaue Datum** Ihrer Eheschließung, Scheidung usw. an.
- Wenn Sie anderen Personen **Unterhalt** (hierunter fällt auch der sogenannte "Naturalunterhalt" in Form von Unterkunft und Verpflegung) gewähren, geben Sie hier bitte **die Anzahl der unterhaltsberechtigten Personen** an und teilen Sie mit, ob darunter auch minderjährige Kinder sind; alle weiteren Angaben werden im *Ergänzungsblatt 5 J zum Vermögensverzeichnis* **ð 60** erfasst.
- Ihren erlernten Beruf sollten Sie so genau wie möglich angeben, ebenso Ihre derzeitige oder letzte berufliche Tätigkeit, soweit diese von Ihrem erlernten Beruf abweicht. Falls Sie früher selbständig tätig waren, müssen Sie Ihre ehemalige selbständige Tätigkeit genau bezeichnen. Sollten Sie im Zeitpunkt der Antragstellung noch selbständig tätig sein, müssen Sie die Eröffnung des Regelinsolvenzverfahrens beantragen. Die Vordrucke für das Verbraucherinsolvenzverfahren sind in diesem Fall nicht auszufüllen.
- Wenn Sie einen Verfahrensbevollmächtigten oder eine Verfahrensbevollmächtigte für das Insolvenzverfahren haben, teilen Sie bitte zunächst mit, ob sich diese Vollmacht über das gesamte Verfahren erstreckt oder auf die Durchführung des gerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahrens beschränkt ist. Angehörige einer als geeignet anerkannten Stelle, die nicht über eine Zulassung nach dem Rechtsberatungsgesetz verfügen, sind als Verfahrensbevollmächtigte nur für das gerichtliche Schuldenbereinigungsverfahren zugelassen (§ 305 Abs. 4 InsO). Sie können eine schriftliche Vollmacht, aus der sich der Umfang der Bevollmächtigung ergibt, beifügen. Die Vollmacht kann auch nachgereicht werden.

#### Anlage 2

(Bescheinigung über das Scheitern des außergerichtlichen Einigungsversuchs)

Die Anlage 2 ist nicht von Ihnen, sondern von einer geeigneten Person oder Stelle auszufüllen. In der Regel wird das die Person oder Stelle sein, die den außergerichtlichen Einigungsversuch begleitet hat. Der außergerichtliche Einigungsversuch darf im Zeitpunkt des Insolvenzantrags nicht länger als sechs Monate zurückliegen.

- Neben dem Namen und der Anschrift der geeigneten Person oder Stelle sollte insbesondere bei Schuldnerberatungsstellen der Name der Person angegeben werden, die als Ansprechpartner für das außergerichtliche Verfahren zuständig war.
- In denjenigen Bundesländern, die eine **behördliche Anerkennung** der geeigneten Stellen eingeführt haben, sind die Einzelheiten der Anerkennung mitzuteilen; im Übrigen ist die Eignung **kurz** darzulegen.

- Hier ist zunächst das Datum des außergerichtlichen Schuldenbereinigungsplans einzusetzen; der außergerichtliche Plan muss der Bescheinigung in Kopie beigefügt werden. Sofern der außergerichtliche Plan ausnahmsweise nicht allen Gläubigern übersandt wurde, ist dies zu begründen. Das Ergebnis des außergerichtlichen Schuldenbereinigungsversuchs ist mit dem Zeitpunkt des endgültigen Scheiterns mitzuteilen.
- Die abschließende Bescheinigung ist von der geeigneten Person oder einem Angehörigen der geeigneten Stelle zu unterschreiben. Sofern ein Stempel vorhanden ist, sollte dieser zusätzlich zu der Unterschrift verwendet werden.

#### Anlage 2 A

(Gründe für das Scheitern des außergerichtlichen Schuldenbereinigungsplans)

Die wesentlichen Gründe für das Scheitern des Einigungsversuchs müssen von Ihnen kurz dargelegt werden, wobei die Anlage 2 A im Zusammenwirken mit der geeigneten Person oder Stelle, die das Scheitern des außergerichtlichen Schuldenbereinigungsversuchs bescheinigt, ausgefüllt werden kann.

Wenn der Einigungsversuch gescheitert ist, weil nicht alle Gläubiger zugestimmt haben, ist zunächst der **Anteil der ausdrücklich zustimmenden Gläubiger** mitzuteilen. Hilfreich für die Beurteilung der Erfolgsaussichten des gerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahrens ist auch die **Angabe der Anzahl derjenigen Gläubiger**, die sich zu dem außergerichtlichen Plan nicht geäußert haben. Die wesentlichen Gründe, die von den Gläubigern zur Begründung ihrer Ablehnung genannt wurden, sollten kurz zusammengefasst werden.

Soweit der Einigungsversuch auf Grund der **Einleitung von Vollstreckungsmaßnahmen** als gescheitert gilt (§ 305a InsO), sind der Name des vollstreckenden Gläubigers, das Aktenzeichen des Gerichts und/oder des Gerichtsvollziehers sowie das zuständige Amtsgericht zu bezeichnen.

Um die Aussichten für die Durchführung des gerichtlichen Schuldenbereinigungsplanverfahrens beurteilen zu können, ist es für das Gericht zunächst hilfreich, zusammengefasst zu erfahren, ob und in welchen Punkten sich der gerichtliche von dem außergerichtlichen Schuldenbereinigungsplan unterscheidet. Wesentliche Unterschiede sollten kurz angeführt werden.

Darüber hinaus kann Ihre Einschätzung, ob die Durchführung des gerichtlichen Schuldenbereinigungsverfahrens aussichtsreich erscheint, für die Entscheidung des Gerichts von Bedeutung sein.

## Anlage 3 (Abtretungserklärung nach § 287 Abs. 2 InsO)

Die Abtretungserklärung müssen Sie dem Eröffnungsantrag immer dann beifügen, wenn Sie einen Restschuldbefreiungsantrag gestellt haben. Die Abtretungserklärung müssen Sie eigenhändig unterschreiben. Auf der Grundlage der Abtretungserklärung wird Ihr pfändbares Einkommen nach der Aufhebung des Insolvenzverfahrens für die Dauer der Wohlverhaltensperiode, die im Regelfall sechs Jahre nach der Eröffnung des Insolvenzverfahrens endet, an den Treuhänder abgeführt und von diesem an Ihre Gläubiger verteilt. Bitte lesen Sie die in der Anlage 3 enthaltenen Erläuterungen zur Abtretungserklärung gründlich und prüfen Sie, ob Sie von der Abtretungserklärung erfasste Forderungen in der Vergangenheit abgetreten oder freiwillig verpfändet haben.

Auf Abtretungen oder freiwillige Verpfändungen – **nicht** auf Forderungspfändungen auf Grund eines Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses – müssen Sie in der Abtretungserklärung hinweisen; die Einzelheiten sind dann im *Ergänzungsblatt 5 H zum Vermögensverzeichnis* **ð 57**, **58** anzugeben. Dort können Sie auch ggf. Kopien der Abtretungsvereinbarungen beifügen.

### Anlage 3 A (Erklärung zur Abkürzung der Wohlverhaltensperiode)

Die Anlage 3 A müssen Sie nur einreichen, wenn Sie bereits vor dem 1. Januar 1997 zahlungsunfähig waren. Das Gericht stellt dann in dem Beschluss über die Ankündigung der Restschuldbefreiung bei Aufhebung des Insolvenzverfahrens fest, dass die Laufzeit der Abtretungserklärung nicht sechs, sondern nur fünf Jahre beträgt. Dass Sie bereits vor 1997 zahlungsunfähig waren, müssen Sie durch Vorlage geeigneter Belege glaubhaft machen.

# Anlage 4 (Vermögensübersicht)

- Die Vermögensübersicht enthält mit Ihrer Erklärung zur Vermögenslage die gedrängte Zusammenfassung Ihres gesamten Vermögens und Einkommens. Sie dient den Gläubigern, denen das Vermögensverzeichnis ð 30 nicht zugestellt wird, und dem Gericht dazu, sich einen raschen und im Wesentlichen vollständigen Überblick über Ihre Vermögenssituation zu verschaffen. Regelmäßig müssen Sie die Angaben in der Vermögensübersicht durch weitergehende Angaben in den Ergänzungsblättern 5 A bis 5 K zum Vermögensverzeichnis ð 31 64 ergänzen.
- Ihre Angaben zum Vermögen erfassen außer Ihrem Bargeld alle Vermögensgegenstände, die in den Ergänzungsblättern 5 A bis 5 F zum Vermögensverzeichnis 3 1 49 aufgeführt sind. Um die Angaben vollständig und richtig zu machen, sollten Sie daher diese Anlagen vor dem Ausfüllen sorgfältig durchgehen. Der Wert der Vermögensgegenstände ist in der Vermögensübersicht jeweils mit dem Gesamtbetrag einer Vermögensgruppe anzugeben. Soweit Vermögensgegenstände mit Sicherungsrechten Dritter belastet sind (z. B. Pfändungen, Sicherungsabtretungen an Ihre Bank, Eigentumsvorbehalte, Grundschulden), ist in der Spalte "Sicherungsrechte Dritter" der derzeitige, ungefähre Wert der Belastung, der sich regelmäßig aus der Höhe Ihrer restlichen Verbindlichkeit ergibt, anzugeben. Genaue Angaben zu den Sicherungsrechten machen Sie bitte in dem Ergänzungsblatt 5 H zum Vermögensverzeichnis 3 56.
- Um die Angaben zu Ihren monatlichen Einkünften vollständig machen zu können, gehen Sie bitte zunächst das Ergänzungsblatt 5 G zum Vermögensverzeichnis ð 50 53 sorgfältig durch. Geben Sie dann jeweils den Nettogesamtbetrag der Einkünfte an. Soweit die Einkünfte mit Sicherungsrechten Dritter belastet sind (insbesondere Gehaltspfändungen und –abtretungen) ist in der Spalte "Sicherungsrechte" die ungefähre Höhe der gesicherten Schuld einzusetzen. Bestehen Sicherungsrechte zu Gunsten mehrerer Gläubiger, so sind diese zusammenzurechnen. Genaue Angaben zu den Sicherungsrechten machen Sie bitte in dem Ergänzungsblatt 5 H zum Vermögensverzeichnis ð 56 59.
- Ihre jährlichen Einkünfte umfassen alle sonstigen, regelmäßigen Einkünfte, die im Einzelnen im Ergänzungsblatt 5 G zum Vermögensverzeichnis ð 50, 54, 55 aufgeführt werden und hier mit ihrem Jahresnettogesamtbetrag anzugeben sind.
- Soweit Ihre Einkünfte nicht ausreichen, um Ihren Lebensunterhalt zu bestreiten, geben Sie bitte hier an, durch welche Zuwendungen Sie Ihren **notwendigen Lebensunterhalt** bestreiten. Soweit Sie Unterstützungsleistungen von dritter Seite (z. B. durch Angehörige oder Freunde) erhalten, sind diese genau zu bezeichnen (Unterkunft, Verpflegung etc.); Bargeldzuwendungen sind mit ihrer monatlichen Durchschnittshöhe anzugeben.
- Ihre **regelmäßig wiederkehrenden Zahlungsverpflichtungen**, insbesondere die von Ihnen **tatsächlich erbrachten** Unterhaltsleistungen und Mietzahlungen, werden im *Ergänzungsblatt 5 J zum Vermögens- verzeichnis* ð **60 62** erfasst und hier zusammengefasst.
- Die Erklärung zur Vermögenslosigkeit können Sie nur abgeben, wenn Sie im Vermögensverzeichnis und in den Ergänzungsblättern keine Angaben zu machen haben, weil Sie weder über Vermögen noch über regelmäßge Einkünfte (hierunter fällt auch der Bezug von Sozialhilfe) verfügen und Ihren notwendigen Lebensunterhalt ausschließlich durch die unter 25 erläuterten Leistungen bestreiten.
- Soweit Sie in dem *Ergänzungsblatt 5 K zum Vermögensverzeichnis* **ð 63 64** Angaben zu **Schenkungen und Veräußerungen** zu machen haben, sind diese hier mit ihrem **Gesamtwert** anzugeben.
- Gemäß § 305 Abs. 1 Nr. 3 Halbsatz 2 InsO müssen Sie Ihren Angaben in der Vermögensübersicht, im Vermögensverzeichnis und im Gläubiger- und Forderungsverzeichnis die Erklärung beifügen, dass die darin enthaltenen Angaben richtig und vollständig sind. Die Richtigkeit und Vollständigkeit Ihrer Angaben versichern Sie mit Ihrer Unterschrift. Bitte prüfen Sie daher jeweils besonders sorgfältig, ob Sie die Fragen zutreffend und umfassend beantwortet haben. Wenn Sie bewusst oder aus Nachlässigkeit falsche oder unvollständige Angaben gemacht haben, kann Ihnen auf Antrag eines Gläubigers die Restschuldbefreiung versagt werden. Wer bewusst falsche oder unvollständige Angaben macht, um einen Vermögensvorteil (z. B. die Restschuldbefreiung) zu erlangen, macht sich wegen Betruges strafbar.

# Anlage 5 (Vermögensverzeichnis)

Das **Verzeichnis Ihres Vermögens und Einkommens** besteht aus den Angaben, die Sie in der Vermögensübersicht gemacht haben, und aus den weitergehenden Angaben in den *Ergänzungsblättern zum* 

Vermögensverzeichnis ð 31 - 64, soweit Sie hierauf in der Vermögensübersicht Bezug genommen haben. Ergänzungsblätter, in denen Sie keine Angaben zu machen haben, weil Sie die entsprechenden Fragen in der Vermögensübersicht mit "Nein" beantwortet haben, brauchen Sie nicht beizufügen.

### Ergänzungsblatt 5 A

(Guthaben auf Konten, Wertpapiere, Schuldbuchforderungen, Darlehensforderungen)

- Bitte geben Sie zunächst den **genauen Namen des Kreditinstituts** (Bank, Sparkasse usw.) an, bei dem Sie das jeweilige Konto unterhalten, sodann die **genaue Kontonummer** und zu Nr. 1.2 bis 1.6 zusätzlich die **Art des Kontos**. Bei Termin-, Tagegeld- oder Festgeldkonten sowie bei Sparkonten und Ratensparverträgen ist zusätzlich der genaue Zeitpunkt der **Fälligkeit der Einlagen** anzugeben. In die Spalte "Stichtag" tragen Sie bitte den Zeitpunkt ein, zu dem Sie den Kontostand ermittelt haben. Dabei sollte die Angabe zeitnah zum Insolvenzantrag erfolgen, also zum Zeitpunkt der Antragstellung möglichst nicht älter als drei Wochen sein. Bei **Konten, die im Soll geführt werden**, ist dies in der Spalte "Guthaben" durch ein **vorangestelltes, deutlich sichtbares Minuszeichen** kenntlich zu machen. **Geschäftsanteile an Genossenschaftsbanken** sind in dem *Ergänzungsblatt 5 E* ð **47** anzugeben. **Zinseinkünfte** tragen Sie bitte in dem *Ergänzungsblatt 5 F* ð **5** ein.
- Bitte geben Sie hier an, falls Sie Wertpapiere besitzen, falls Ihnen offene Scheck- oder Wechselforderungen zustehen oder falls Sie sonstige auch private Darlehensforderungen gegen Dritte geltend machen können. Soweit bei Wertpapieren vorhanden, sollte die WKN (Wertpapier-Kennnummer, auch WPKN) angegeben werden. Aktien sind als Beteiligungen an Kapitalgesellschaften in dem Ergänzungsblatt 5 E ð 44 aufzuführen. Sofern Sie ein Depot unterhalten, geben Sie bitte die Depot-Nr. und den Namen der Bank oder Einrichtung an, die das Depot führt.

# Ergänzungsblatt 5 B (Hausrat, Mobiliar, Wertgegenstände und Fahrzeuge)

- Anzugeben sind alle Wertgegenstände, die sich dauerhaft in Ihrem Besitz befinden; auf die Eigentumsverhältnisse ist ggf. im Ergänzungsblatt 5 H zum Vermögensverzeichnis ð 56 einzugehen. Bitte geben Sie, soweit Sie wertvollen Hausrat besitzen, insbesondere also bei höherwertigen Stereoanlagen, Computern, Fernsehgeräten und anderen Geräten der Unterhaltungselektronik, das ungefähre Alter der Geräte sowie deren Neupreis an; der von Ihnen geschätzte Zeitwert ist in der Spalte "Wert" einzusetzen. Gleiches gilt für wertvolle Kleidungsstücke (insbesondere echte Pelze), Sportgeräte (z. B. Rennräder oder Sportboote) und alle übrigen Wertgegenstände in Ihrem Besitz.
- Anzugeben sind alle **Kraftfahrzeuge**, die sich dauerhaft in Ihrem Besitz befinden. Ggf. ist auf den gesonderten Aufbewahrungsort des Kraftfahrzeugbriefs hinzuweisen; auf die Eigentumsverhältnisse ist ggf. im *Ergänzungsblatt 5 H zum Vermögensverzeichnis* ð **56** einzugehen.
- Sofern Sie die aufgeführten Gegenstände zur Fortsetzung Ihrer Erwerbstätigkeit benötigen, können Sie dies hier angeben und kurz begründen.

# Ergänzungsblatt 5 C (Forderungen, Rechte aus Erbfällen)

- Soweit Sie private Lebensversicherungen, Berufsunfähigkeits- oder Rentenversicherungen abgeschlossen haben, besteht, auch wenn die Versicherungsleistungen noch nicht fällig sind, für den Fall der Auflösung des Versicherungsvertrags regelmäßig ein Anspruch auf Auszahlung des Rückkaufwertes. Bitte ermitteln Sie daher bei solchen Versicherungen möglichst den derzeitigen Rückkaufwert. Die Versicherungsbeiträge hinsichtlich dieser Versicherungen müssen Sie als regelmäßige Zahlungsverpflichtung im Ergänzungsblatt 5 J ð 62 angeben. Im Übrigen können Forderungen aus Versicherungsverträgen etwa bestehen wegen Beitragsrückerstattungen oder wegen Erstattungsansprüchen aus der Haftpflicht-, Hausrat- oder privaten Krankenversicherung.
- Wenn Sie noch Ansprüche gegen Ihren derzeitigen oder einen früheren Arbeitgeber haben, die nicht als laufende Einkünfte im Ergänzungsblatt 5 G zum Vermögensverzeichnis ð 50 anzugeben sind, geben Sie hier bitte die vollständige Anschrift des Arbeitgebers sowie die Art und die Höhe der geschuldeten Leistungen an.
- Geben Sie bitte nicht nur bereits durch Bescheid **festgestellte Steuererstattungsansprüche** an, sondern teilen Sie auch mit, wenn Sie auf Grund einer abgegebenen Steuererklärung **mit einer Steuererstattung rechnen**.

- Hier sind alle sonstigen Zahlungsansprüche anzugeben, die nicht wie etwa Ihre Rückzahlungsansprüche aus einem privaten Darlehen (Ergänzungsblatt 5 A zum Vermögensverzeichnis) ð 32 bereits in einer anderen Rubrik erfasst werden. Hierunter fällt z. B. auch der Anspruch auf Rückzahlung einer von Ihnen geleisteten Mietkaution. Ggf. können Sie hier auch Angaben zur Einbringlichkeit des Zahlungsanspruchs machen, wenn etwa der Zahlungsanspruch von dem Gegner bestritten wird oder wenn sich der Schuldner der Forderung im Vermögensverfall befindet.
- Soweit Ihnen nach einem Erbfall möglicherweise Rechte als Erbe bzw. Miterbe oder Pflichtteilsansprüche zustehen, teilen Sie bitte die Art und den ungefähren Wert Ihres Anspruchs auch dann mit, wenn die Rechtsnachfolge noch ungeklärt ist.

### Ergänzungsblatt 5 D

(Grundstücke, Eigentumswohnungen, Rechte an Grundstücken)

- Geben Sie bitte zunächst die Lage des Grundbesitzes sowie die Nutzungsart (selbst bewohnt, vermietet, verpachtet, gewerblich genutzt, leer stehend usw.) an. Teilen Sie dann die genaue Grundbuchbezeichnung mit oder fügen Sie einen vollständigen, inhaltlich aktuellen Grundbuchauszug bei. In der Spalte "Eigentumsanteil" tragen Sie bitte "1/1" ein, wenn Ihnen der Grundbesitz allein gehört; bei mehreren Eigentümern ist der entsprechende Bruchteil anzugeben (1/2, 1/4, 1/9 usw.). Bei Eigentumswohnungen ist nur der Eigentumsanteil an dem Sondereigentum anzugeben. Den Verkehrswert können Sie etwa unter Zugrundelegung des von Ihnen gezahlten Kaufpreises schätzen.
- Die Belastungen des Grundvermögens (Grundschulden, Hypotheken usw.) ergeben sich entweder aus dem von Ihnen beigefügten Grundbuchauszug oder sie sind aus einem inhaltlich aktuellen Grundbuchauszug in die Rubrik zu übernehmen. Auch wenn Sie einen Grundbuchauszug beigefügt haben, müssen Sie den derzeitigen Wert jeder Belastung, das ist die Höhe, in der die zugrunde liegende Darlehensforderung einschließlich Zinsen und Kosten noch besteht, in der dafür vorgesehenen Spalte eintragen.
- Falls die **Zwangsversteigerung** des Grundvermögens betrieben wird oder falls **Zwangsverwaltung** angeordnet wurde, sind hier das zuständige **Amtsgericht** und das **Geschäftszeichen** anzugeben.

# Ergänzungsblatt 5 E (Beteiligungen)

- Soweit Sie Aktien oder sonstige Beteiligungen an Kapitalgesellschaften besitzen, geben Sie bitte neben der Beteiligungsform (Aktie usw.) Namen und Anschrift der Gesellschaft und soweit vorhanden die WKN (Wertpapier-Kennnummer, auch WPKN) sowie ggf. die Depot-Nr. und den Namen der Depotbank an. Registergericht und HRB-Nr. sind etwa bei GmbH-Beteiligungen anzugeben.
- Wenn Sie **Gesellschafter** einer offenen Handelsgesellschaft (oHG), einer Partnerschaftsgesellschaft, einer Europäischen Wirtschaftlichen Interessenvereinigung (EWIV) oder einer Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) bzw. Komplementär oder Kommanditist einer Kommanditgesellschaft (KG) sind, sind hier die erforderlichen Angaben auch zum Wert des Gesellschaftsanteils zu machen.
- Falls Sie an einer Kapital- oder einer Personengesellschaft als sogenannter **stiller Gesellschafter** beteiligt sind, müssen Sie dies hier angeben.
- Eine Beteiligung an einer Genossenschaft liegt auch vor, wenn Sie bei einer Genossenschaftsbank (Volksbank, Raiffeisenbank, Sparda-Bank usw.) ein Konto besitzen und zu diesem Zweck einen Geschäftsanteil erworben haben.

# Ergänzungsblatt 5 F (Immaterielle Vermögensgegenstände und sonstiges Vermögen)

- Wenn Sie Inhaber von **Urheber- oder Leistungsschutzrechten** oder Inhaber von **Patenten, Mustern** oder sonstigen **gewerblichen Schutzrechten** sind, geben Sie die Einzelheiten hier bitte so genau wie möglich an.
- Bitte geben Sie hier Ihr **sonstiges Vermögen** an, soweit dies nicht bereits in einer anderen Rubrik erfragt worden ist.

### Ergänzungsblatt 5 G (Laufendes Einkommen)

- Bitte bezeichnen Sie, wenn Sie derzeit Einkünfte aus nichtselbständiger Arbeit haben, zunächst Ihre genaue Tätigkeit. Soweit sich Ihr Tätigkeitsbereich in den vergangenen zwei Jahren wesentlich geändert hat, weisen Sie darauf bitte hin. Geben Sie sodann Namen und Anschrift Ihres Arbeitgebers an und teilen Sie soweit vorhanden auch die Personal-Nr. mit, unter der Sie bei Ihrem Arbeitgeber geführt werden. Um Ihre Angaben zu belegen, können Sie die Verdienstbescheinigungen der letzten zwei Monate beifügen.
  - 1. Tragen Sie hier bitte Ihr **regelmäßiges Monatseinkommen** mit dem **Auszahlungsbetrag** (also abzüglich Steuern, Sozialabgaben und ggf. einbehaltener Pfändungs- bzw. Abtretungsbeträge) ein. Werden Beträge auf Grund von Pfändungen oder Lohnabtretungen einbehalten, so tragen Sie den **Abzweigungsbetrag** bitte ebenfalls ein. Nähere Angaben zu Pfändungen und Abtretungen machen Sie in diesem Fall bitte im *Ergänzungsblatt* 5 *H* ð 57 59.
  - 2. Soweit Sie regelmäßige Zulagen (Überstunden-, Nachtzuschläge usw.) erhalten, geben Sie bitte den durchschnittlichen Monatsbetrag ebenfalls mit dem Auszahlungsbetrag und ggf. mit dem Abzweigungsbetrag ein.
  - **3.** Soweit Ihr Arbeitgeber Ihnen **zusätzliche Leistungen** gewährt (z. B. vermögenswirksame Leistungen, Fahrtkostenzuschüsse, Verpflegungs- oder Unterkunftszuschüsse), tragen Sie diese bitte hier ein.
  - **4. und 5.** Soweit Sie im laufenden oder im vergangenen Jahr **Weihnachtsgeld** oder **Urlaubsgeld** erhalten haben, tragen Sie die zuletzt erhaltenen Zahlungen bitte hier ein.
  - **6.** Soweit Sie im Rahmen Ihrer Beschäftigung oder eines sonstigen Dienstverhältnisses **Tantiemen**, **Provisionen** oder zusätzliche **Aufwandsentschädigungen** erhalten, sind diese hier anzugeben, und zwar bei monatlicher Zahlungsweise in der Rubrik "monatlich", im Übrigen in der Rubrik "jährlich".
  - 7. Sofern Sie infolge der Beendigung Ihres Arbeitsverhältnisses einmalig oder vorübergehend **Abfindungszahlungen** oder **Zahlungen aus einem Sozialplan** erhalten, geben Sie diese Zahlungen hier bitte **mit ihrem Gesamtbetrag** an.
- Wenn Sie Altersrente, Ruhestandsbezüge oder sonstige rentenähnliche Leistungen erhalten, tragen Sie diese bitte hier mit ihrem Auszahlungsbetrag (also abzüglich Steuern, Sozialabgaben und ggf. einbehaltener Pfändungs- bzw. Abtretungsbeträge) ein. Werden Beträge auf Grund von Pfändungen oder Lohnabtretungen einbehalten, so tragen Sie den Abzweigungsbetrag bitte ebenfalls ein. Nähere Angaben zu Pfändungen und Abtretungen machen Sie in diesem Fall bitte im Ergänzungsblatt 5 H ð 57 59. Berufsund Erwerbsunfähigkeitsrenten sowie Hinterbliebenen- und Unfallrenten tragen Sie bitte weiter unten in der Rubrik Leistungen aus öffentlichen Kassen ð 53 ein.
- Soweit Sie **laufende Unterhaltszahlungen** (Barunterhalt) erhalten, sind Name und Anschrift der unterhaltspflichtigen Person(en) sowie die Höhe des regelmäßig gezahlten Unterhalts anzugeben. Werden Beträge auf Grund von Pfändungen oder Lohnabtretungen einbehalten, so tragen Sie den **Abzweigungsbetrag** bitte ebenfalls ein.
- Hier sind Ihre regelmäßigen Leistungen aus öffentlichen Kassen anzugeben, also insbesondere Arbeitslosengeld sowie alle Sozialleistungen und alle Renten mit Ausnahme der Altersrente, die als Leistung der Rentenversicherung ð 51 zu erfassen ist. Werden Beträge auf Grund von Pfändungen oder Lohnabtretungen einbehalten, so tragen Sie den Abzweigungsbetrag bitte ebenfalls ein.
- Wenn Sie einen Gegenstand, ein Grundstück oder eine Wohnung verpachten oder vermieten (auch Untermiete), geben Sie hier bitte zunächst das Miet- oder Pachtobjekt sowie Namen und Anschrift der Mieter oder Pächter an. Ihre Einkünfte geben Sie bitte mit dem monatlichen oder jährlichen Gesamtbetrag (Bruttomiete einschließlich aller Vorauszahlungen auf Nebenkosten etc.) an.
- Wenn Sie **Zinseinkünfte** haben, geben Sie den ungefähren Jahresbetrag dieser Einkünfte hier an. Daneben ist hier Raum für **weitere laufenden Einkünfte**, die nicht in einer anderen Rubrik erfasst sind.

# Ergänzungsblatt 5 H (Sicherungsrechte Dritter und Zwangsvollstreckungsmaßnahmen)

Wenn Sie Gegenstände (z. B. Ihren PKW) unter Eigentumsvorbehalt erworben oder zur Sicherung übereignet haben, geben Sie dies bitte hier an. Teilen Sie auch mit, wie hoch die gesicherte Restschuld derzeit noch ist. Nähere Angaben zum Wert des Sicherungsgegenstands machen Sie bitte im Ergän-

zungsblatt 5 B ð 33 - 34 .

- Gleiches gilt, wenn Sie (etwa zur Sicherung eines Bankkredits) **Ihren Lohn** oder sonstige Forderungen **abgetreten** haben. Geben Sie hier bitte zusätzlich an, ob die Abtretung bei Ihrem Arbeitgeber offen gelegt ist, und ob der pfändbare Teil der Einkünfte abgeführt wird. Die **Höhe des Abzweigungsbetrags** ergibt sich aus Ihren Angaben im *Ergänzungsblatt 5 G* **5 50 55** .
- Soweit Sie Gegenstände oder Forderungen **freiwillig verpfändet** haben (z. B. in einem **Pfandleihhaus**), geben Sie dies bitte hier an. Teilen Sie auch mit, wie hoch die gesicherte **Restschuld** ist. Nähere Angaben zum Wert des Sicherungsgegenstands machen Sie bitte im *Ergänzungsblatt 5 B* ð **33 34** .
- Wenn Gegenstände im Wege der Zwangsvollstreckung vom Gerichtsvollzieher gepfändet wurden oder wenn Ihr Lohn oder sonstige Forderungen durch einen Pfändungs- und Überweisungsbeschluss des Vollstreckungsgerichts gepfändet wurde, ist dies im Einzelnen hier anzugeben. Die DR-Nr. (das ist das Aktenzeichen des Gerichtsvollziehers) ergibt sich aus dem Pfändungsprotokoll, Name und Aktenzeichen des Vollstreckungsgerichts befindet sich auf der Ihnen zugestellten Ausfertigung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses.

# Ergänzungsblatt 5 J (Regelmäßig wiederkehrende Verpflichtungen)

- Wenn Sie dritten Personen tatsächlich regelmäßigen Unterhalt leisten, geben Sie hier bitte die Personalien der Unterhaltsempfänger, das Familienverhältnis sowie Art und Höhe der regelmäßigen Unterhaltsleistung an. Soweit die Empfänger eigene Einnahmen haben, ist die Höhe dieser Einnahmen soweit bekannt mitzuteilen.
- Ihre Wohnkosten ergeben sich regelmäßig aus Ihrem Mietvertrag. Anzugeben sind die darin ausgewiesene Kaltmiete und die Mietnebenkosten. Wenn die Nebenkosten nicht gesondert ausgewiesen werden, ist in der Rubrik "Kaltmiete" die Gesamtmiete und in der Rubrik "Nebenkosten" ein Strich einzutragen. Soweit neben Ihnen weitere Personen Teile der Miete zahlen, ist neben Ihrer Mietzahlung der Anteil Ihrer Mitbewohner anzugeben. Eine von Ihnen geleistete Mietkaution ist als sonstiger Zahlungsanspruch ð 39 weiter oben zu erfassen.
- Weitere regelmäßige Zahlungsverpflichtungen sind nur aufzuführen, soweit es sich nicht um unwesentliche Ausgaben im Rahmen der normalen Lebensführung handelt. Anzugeben sind etwa Verpflichtungen aus Kredit-, Abzahlungskauf- oder Leasingverträgen sowie Lebensversicherungsbeiträge ð 36 und außergewöhnliche Belastungen (z. B. Mehraufwendungen bei Vorliegen einer Behinderung, regelmäßige Pflege- und Krankheitsaufwendungen usw.).

### Ergänzungsblatt 5 K (Schenkungen und entgeltliche Veräußerungen)

- Wenn Sie in den vergangenen vier Jahren **Geld- oder Sachgeschenke** von nicht geringem Wert gemacht haben, die nach Ihren Lebensverhältnissen nicht als übliche Gelegenheitsgeschenke (Geburtstags-, Weihnachtsgeschenke usw.) anzusehen sind, müssen Sie hier den Empfänger sowie Gegenstand und Wert der Geschenke angeben.
- Wenn Sie innerhalb der vergangenen zwei Jahre Gegenstände oder Forderungen an eine der im Antragsvordruck im Einzelnen aufgeführten **nahe stehenden Personen veräußert** haben, müssen Sie ebenfalls den Empfänger, den veräußerten Gegenstand und den Wert dieses Gegenstandes bzw. der von Ihnen erhaltenen Gegenleistung mitteilen.

# Anlage 6 (Gläubiger- und Forderungsverzeichnis)

In dem Gläubiger- und Forderungsverzeichnis müssen Sie alle Ihre Gläubiger mit allen gegen Sie gerichteten Forderungen aufführen. Dabei genügt hier die Kurzbezeichnung des Gläubigers; die vollständigen Angaben zu den Gläubigern müssen Sie im Allgemeinen Teil des Gerichtlichen Schuldenbereinigungsplans der Gläubigers. Achten Sie bitte darauf, dass die Ifd. Nr. des Gläubigers im Schuldenbereinigungsplan und im Gläubigerverzeichnis jeweils übereinstimmt.

Zu jedem Gläubiger müssen Sie die Forderungen erfassen, die gegen Sie geltend gemacht werden, auch wenn Sie eine Forderung für unbegründet halten. Wenn ein Gläubiger mehrere rechtlich selbständige Forderungen gegen Sie geltend macht, ist jede Hauptforderung in eine neue Zeile nach folgendem Beispiel einzutragen:

lfd. Nr.	Name des Gläubigers	Hauptforderung	Zin Höhe	sen bis zum	Kosten	Forderungsgrund	Summe aller Forderungen
1	Mustermann	12.600,00	504,00	18.1.02	366,00	Vertrag vom	
		6.000,00				Schadenersatz wegen	19.470,00
2	Musterfrau GmbH	3.000,00	66,00	18.1.02	15,00	Warenlieferung vom	3.081,00

Die einzelnen Forderungen sind nach dem Betrag der Hauptforderung, den hierauf beanspruchten Zinsen und den vom Gläubiger geltend gemachten Kosten aufzuschlüsseln. Bei der Berechnung der Zinsen sollte möglichst für alle Gläubiger ein einheitlicher Stichtag zugrunde gelegt sein. Der Tag, bis zu dem die Zinsen berechnet sind, ist anzugeben. Wenn Sie die Forderung ganz oder teilweise für unbegründet halten, können Sie dies in der Spalte "Forderungsgrund" anmerken. In der letzten Spalte ist die Summe aller Forderungen eines Gläubigers einschließlich aller Zinsen und Kosten anzugeben.

Die **zweite Seite** des Gläubiger- und Forderungsverzeichnisses müssen Sie bei einem handschriftlichen Ausfüllen wegen der darauf befindlichen **Versicherung nach § 305 Abs. 1 Nr. 3 InsO** auch einreichen, wenn alle Angaben zu Gläubigern und Forderungen auf der ersten Seite Platz finden. Sollten mehr als 26 Forderungen einzutragen sein, kann die erste Seite des Verzeichnisses kopiert und eingelegt werden. Wenn der Vordruck mit dem Computer ausgefüllt wird, dürfen hier nach Aufhebung des Dokumentschutzes Zeilen eingefügt oder gelöscht werden.

### Anlage 7

(Schuldenbereinigungsplan für das gerichtliche Verfahren - Allgemeiner Teil)

Der **gerichtliche Schuldenbereinigungsplan** enthält Ihre Vorschläge zu einer einvernehmlichen Einigung mit Ihren Gläubigern. Wenn das Gericht eine solche Einigung für möglich hält, ordnet es die Durchführung des gerichtlichen Schuldenbereinigungsplanverfahrens an. Es verzichtet auf die Durchführung, wenn eine Einigung unwahrscheinlich ist. Vor der Entscheidung des Gerichts erhalten Sie Gelegenheit zur Stellungnahme.

Eine Annahme des Schuldenbereinigungsplans im gerichtlichen Verfahren ist auch nach dem Scheitern eines inhaltsgleichen außergerichtlichen Einigungsversuchs möglich, weil im gerichtlichen Verfahren das Schweigen der Gläubiger als Zustimmung zu dem Plan gilt, und weil das Gericht die Widersprüche einzelner Gläubiger auf Ihren Antrag hin ersetzen kann, sofern die Mehrheit der Gläubiger dem Plan zugestimmt hat und die zustimmenden Gläubiger mehr als die Hälfte der Summe der gesamten Forderungen auf sich vereinigen.

- Sie müssen in der Kopfzeile des Schuldenbereinigungsplans Ihren Namen und Ihre vollständige Anschrift einsetzen, weil der angenommene Schuldenbereinigungsplan wie ein gerichtlicher Vergleich einen Vollstreckungstitel darstellt, in dem die Beteiligten vollständig erfasst sein müssen.
- Als **Datum des Schuldenbereinigungsplans** setzen Sie bitte zunächst das Datum des Insolvenzantrags ein. Wenn Sie im Verlauf des gerichtlichen Verfahrens einen **geänderten Schuldenbereinigungsplan** einreichen, ist hier jeweils das Datum der aktuellen Fassung einzusetzen.
- In der inhaltlichen Gestaltung des Schuldenbereinigungsplans sind Sie weitgehend frei. Das Gesetz bestimmt lediglich, dass der Plan Regelungen über die Sicherheiten der Gläubiger enthalten muss. Deshalb sind neben dem Allgemeinen Teil stets auch die ergänzenden Regelungen (Anlage 7 B) ð 72 einzureichen. Ob Sie für Ihr Angebot an die Gläubiger daneben den Musterplan mit Einmalzahlung oder festen Raten ð 70, den Musterplan mit flexiblen Raten ð 71 oder einen von diesen Vorgaben abweichenden sonstigen Plan verwenden, ist Ihnen freigestellt. Für Gestaltung und Inhalt eines sonstigen Plans bestehen keine zwingenden Vorgaben. Sie sollten aber stets darauf achten, dass sich aus dem Plan genau ergibt, wem Sie welche Leistungen zu welchem Zeitpunkt anbieten. Der Plan sollte präzise, verständlich und nachvollziehbar sein, damit Ihre Gläubiger und das Gericht zweifelsfrei erkennen können, welche Rechte und Pflichten durch den Plan begründet werden. Bitte beachten Sie auch, dass Ihren Gläubigern außer dem Plan nur die Vermögensübersicht zugestellt wird, sodass sich alle wesentlichen Informationen zu Ihren Verbindlichkeiten auch aus dem Plan ergeben sollten.
- Jeder Ihnen bekannte Gläubiger ist mit seiner vollständigen, zustellungsfähigen Anschrift und, soweit etwa bei Gesellschaften (GmbH, KG usw.) oder bei Minderjährigen geboten, unter Angabe des gesetzlichen Vertreters anzugeben. Die Angabe von Postfachanschriften ist nicht zulässig. Soweit Ihnen ein Verfahrensbevollmächtigter des Gläubigers bekannt ist, können Sie diesen gleichfalls hier angeben. Die Gläubiger sind fortlaufend zu nummerieren. Aus Gründen der Übersichtlichkeit empfiehlt es sich, die Gläubiger in alphabetischer Reihenfolge zu sortieren. Zu jedem Gläubiger ist die Gesamthöhe seiner Forderungen sowie deren prozentualer Anteil an der Gesamtverschuldung mitzuteilen.

Bitte achten Sie darauf, dass Sie die Nummerierung auch im Gläubiger- und Forderungsverzeichnis ð 65 und im Besonderen Teil des Schuldenbereinigungsplans ð 70,71 einheitlich verwenden.

### Anlage 7 A

(Schuldenbereinigungsplan für das gerichtliche Verfahren Besonderer Teil - Musterplan mit Einmalzahlung oder festen Raten)

Den Musterplan mit Einmalzahlung bzw. festen Raten können Sie verwenden, wenn Sie Ihren Gläubigern eine einmalige oder mehrere regelmäßige (meist monatliche) Zahlungen anbieten. Bitte geben Sie in der dem eigentlichen Zahlungsplan vorangestellten Rubrik zunächst Ihre Gesamtverschuldung (die Summe aller Forderungen Ihrer Gläubiger aus dem Gläubiger- und Forderungsverzeichnis), den Gesamtregulierungsbetrag (die Summe aller im Plan angebotenen Zahlungen) sowie die sich hieraus ergebende Gesamtregulierungsquote an. Bei Ratenzahlungen geben Sie bitte auch an, wie hoch die monatliche Gesamtrate (die Summe Ihrer monatlichen Zahlungen) ist.

Für die Durchführung des Plans besonders wichtig ist die Angabe der Anzahl der Raten, der Zahlungsweise und des Zahlungsbeginns. Auch Sonderzahlungen, die Sie zusätzlich zu den regulären Ratenzahlungen leisten wollen, sind hier genau zu bezeichnen. Soweit diese Angaben für alle Gläubiger in gleicher Weise gelten, machen Sie die Angaben bitte nur in der hierfür vorgesehenen allgemein gültigen Rubrik "Zahlungsweise und Fälligkeit". Nur wenn für einzelne Gläubiger unterschiedliche Regelungen gelten sollen, müssen Sie die Spalte "Zahlungsweise und Fälligkeit" für diese Gläubiger ausfüllen.

Bitte beachten Sie bei der Bestimmung des Zahlungsbeginns, dass Sie die Zahlungen erst aufnehmen können, wenn das Gericht die Annahme des Schuldenbereinigungsplans festgestellt hat. Es empfiehlt sich daher, für den Beginn der Zahlungen keinen festen Zeitpunkt, sondern eine auf die Annahme des Schuldenbereinigungsplans bezogene Regelung vorzusehen (z. B.: "monatlich zum 3. Werktag, erstmals in dem auf die Feststellung der Annahme des Schuldenbereinigungsplans folgenden Monat").

Geben Sie in dem nachfolgenden Zahlungsplan nach der Ifd. Nr. aus dem Allgemeinen Teil des Schuldenbereinigungsplans ð sund der Kurzbezeichnung des Gläubigers die Forderungen des Gläubigers, wie im Gläubiger- und Forderungsverzeichnis ð serläutert, jeweils nach Hauptforderung, Zinsen und Kosten aufgeschlüsselt an. Die Aufschlüsselung dient hier zur Information der übrigen Gläubiger, denen das Gläubiger- und Forderungsverzeichnis nicht zugestellt wird. Geben Sie bitte auch an, ob die Forderung des Gläubigers gesichert ist (z. B. durch eine Lohnabtretung, eine Sicherungsübereignung, ein Pfandrecht oder eine Bürgschaft oder Mithaftung Dritter). Soweit dies der Fall ist, müssen Sie in den Ergänzenden Regelungen (Anlage 7 B) ð 72 angeben, inwieweit diese Sicherungsrechte von dem Plan berührt werden.

Aus Gründen der Einheitlichkeit und Übersichtlichkeit sind auch im Schuldenbereinigungsplan mehrere rechtlich selbständige Hauptforderungen eines Gläubigers getrennt aufzuführen. Entsprechend ist die Höhe der Einmalzahlung oder Rate für jede Forderung gesondert anzugeben. Auch kann die Regulierungsquote (der prozentuale Anteil aller von Ihnen angebotenen Zahlungen an der Gesamtforderung des Gläubigers) bei mehreren Hauptforderungen eines Gläubigers unterschiedlich sein (etwa wegen nur teilweise bestehender Sicherungsrechte oder bei einer Forderung, deren Berechtigung Sie nicht oder nur teilweise anerkennen).

### Anlage 7 A

(Schuldenbereinigungsplan für das gerichtliche Verfahren Besonderer Teil - Musterplan mit flexiblen Raten)

Der Musterplan mit flexiblen Raten ist für die Fälle gedacht, in denen Sie Ihren Gläubigern keine festen Raten anbieten können oder wollen. Die Grundlage für die Berechnung der flexiblen Raten bildet dabei der pfändbare Teil Ihres Einkommens. Sie können Ihren Gläubigern zusätzlich zu dem pfändbaren Einkommensteil auch einen Teil Ihres unpfändbaren Einkommens anbieten oder bestimmen, dass Ihnen nach einer gewissen Laufzeit des Plans ein Teil des pfändbaren Einkommens verbleiben soll. Soweit der von Ihnen angebotene Zahlbetrag nicht dem jeweils pfändbaren Teil Ihres Einkommens entsprechen soll, müssen Sie dies in einer Ergänzenden Regelung (Anlage 7 B) ð 72 eindeutig bestimmen.

Bitte geben Sie beim flexiblen Plan zunächst Ihre **Gesamtverschuldung** (die Summe aller Forderungen Ihrer Gläubiger aus dem *Gläubiger- und Forderungsverzeichnis*) sowie den **derzeit pfändbaren Teil Ihres Einkommens** an.

Für die Durchführung des Plans besonders wichtig ist die Angabe der **Gesamtlaufzeit des Plans**, der **Zahlungsweise** und des **Beginns der Laufzeit**. Soweit diese Angaben **für alle Gläubiger** in gleicher Weise gelten, machen Sie die Angaben bitte **nur in der** hierfür vorgesehenen **allgemein gültigen Rubrik** 

"Zahlungsweise und Fälligkeit". Nur wenn für einzelne Gläubiger unterschiedliche Regelungen gelten sollen, müssen Sie Spalte "Zahlungsweise und Fälligkeit" für diese Gläubiger ausfüllen.

Bitte beachten Sie bei der Bestimmung des Beginns der Laufzeit, dass Sie Zahlungen erst aufnehmen können, wenn das Gericht die Annahme des Schuldenbereinigungsplans festgestellt hat. Es empfiehlt sich daher, für den Beginn der Laufzeit keinen festen Zeitpunkt, sondern eine auf die Annahme des Schuldenbereinigungsplans bezogene Regelung vorzusehen (z. B.: "monatlich zum 3. Werktag, erstmals in dem auf die Feststellung der Annahme des Schuldenbereinigungsplans folgenden Monat").

Geben Sie in dem nachfolgenden Zahlungsplan nach der **Ifd. Nr.** aus dem *Allgemeinen Teil des Schuldenbereinigungsplans* ð **69** und der **Kurzbezeichnung** des Gläubigers bitte zunächst an, ob die Forderung des Gläubigers **gesichert ist** (z. B. durch eine Lohnabtretung, eine Sicherungsübereignung, ein Pfandrecht oder eine Bürgschaft oder Mithaftung Dritter). Soweit dies der Fall ist, **müssen Sie** in den *Ergänzenden Regelungen (Anlage 7 B)* ð **72** regeln, **inwieweit diese Sicherungsrechte von dem Plan berührt werden**.

Sodann sind die **Forderungen des Gläubigers**, wie im *Gläubiger- und Forderungsverzeichnis* ð <u>65</u> erläutert, **jeweils nach Hauptforderung, Zinsen und Kosten aufgeschlüsselt** anzugeben. Die Aufschlüsselung dient hier zur Information der übrigen Gläubiger, denen das Gläubiger- und Forderungsverzeichnis nicht zugestellt wird.

Aus Gründen der Einheitlichkeit und Übersichtlichkeit sind auch im Schuldenbereinigungsplan **mehrere** Forderungen eines Gläubigers getrennt aufzuführen. Auch kann der Anteil des Gläubigers am Zahlbetrag bei mehreren Hauptforderungen eines Gläubigers unterschiedlich sein (etwa wegen nur teilweise bestehender Sicherungsrechte oder bei einer Forderung, deren Berechtigung Sie nicht oder nur teilweise anerkennen).

### Anlage 7 B

(Schuldenbereinigungsplan für das gerichtliche Verfahren Besonderer Teil – Ergänzende Regelungen)

Soweit Forderungen der Gläubiger **gesichert sind** (z. B. durch eine Lohnabtretung, eine Sicherungsübereignung, ein Pfandrecht, eine Bürgschaft oder Mithaftung Dritter), müssen Sie hier regeln, **inwieweit diese Sicherungsrechte von dem Plan berührt werden**. Sie können hier z. B. bestimmen, dass während der Laufzeit alle **Pfändungsmaßnahmen und Abtretungen ruhen** und **nach vollständiger Erfüllung des Plans wegfallen**. Auch können Sie regeln, ob und in welchem Umfang die **Mithaftung anderer Personen** (z. B. Bürgen) entfallen soll.

Falls gegen Sie die Zwangsvollstreckung betrieben wird und das Gericht im Anschluss an Ihren Insolvenzantrag die **Zwangsvollstreckung vorläufig einstellt**, sollten Sie hier auch regeln, ob die vorläufig nicht an die Gläubiger ausgezahlten Pfändungsbeträge beim Zustandekommen des Schuldenbereinigungsplans an die Pfändungsgläubiger ausgekehrt oder im Rahmen des Zahlungsplans anteilig an die Gläubiger verteilt werden sollen.

Ob und in welchem Umfang Sie darüber hinaus **ergänzende Regelungen** in Ihren Schuldenbereinigungsplan aufnehmen, ist Ihnen überlassen. Über die vielfältigen Gestaltungsmöglichkeiten kann Sie die Person oder Stelle beraten, die den außergerichtlichen Schuldenbereinigungsversuch begleitet hat. In Betracht kommen insbesondere **Verschlechterungs- oder Besserungsklauseln**, die einerseits Sie bei einer Verschlechterung Ihrer wirtschaftlichen Situation davor schützen, Ihre Zahlungsverpflichtungen aus dem Plan nicht mehr erfüllen zu können, andererseits den Gläubigern das Recht geben, bei einer deutlichen Besserung Ihrer Vermögensverhältnisse eine Anpassung der Zahlungen zu verlangen. Sinnvoll im Hinblick auf die mögliche **Zustimmungsersetzung durch das Insolvenzgericht** kann darüber hinaus die Aufnahme einer **Verfallklausel** sein, wonach die Gesamtforderung Ihrer Gläubiger für den Fall, dass Sie Ihre Zahlungspflichten aus dem Plan nicht erfüllen, unter bestimmten Voraussetzungen wieder in voller Höhe auflebt.

### Anlage 7 C

(Schuldenbereinigungsplan für das gerichtliche Verfahren Erläuterungen zur vorgeschlagenen Schuldenbeeinigung)

Die Erläuterungen zur vorgeschlagenen Schuldenbereinigung sind kein notwendiger Bestandteil des Schuldenbereinigungsplans. Sie dienen dazu, einzelne Regelungen des Schuldenbereinigungsplans für die Gläubiger verständlich zu machen. So kann es sich beispielsweise empfehlen, die quotenmäßige Besserstellung eines Gläubigers zu erklären, um Einwendungen der schlechter gestellten Gläubiger entgegenzuwirken.

Amtliche Fassung 3/2002